

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Pettizeile oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Kameraden! Laßt nicht nach in der Agitation für unsern Zentralverband!

Unsere Arbeitszeit.

Im Brennpunkt des Interessengegensatzes zwischen Arbeitern und Unternehmern steht seit jeher der Kampf um den Arbeitstag. Die Unternehmer sind von einem wahren Geißhunger nach Mehrarbeit, das heißt nach unbezahlter Arbeit, erfüllt, weil sie wissen, daß die desto größer ist, je länger der Arbeitstag ist. Die Arbeiter wieder haben das naturgemäße Bestreben, den Arbeitstag zu kürzen, weil sie nur so den Unternehmer zwingen können, einen größeren Teil der Arbeitsleistung, die sie vollbringen, ihnen zu bezahlen. Wenn die Unternehmer sagen, durch die Verkürzung der Arbeitszeit werde die Arbeitsleistung des Arbeiters verringert, so heißt dies in Wirklichkeit: die unbezahlte Arbeit, die Mehrarbeit, oder mit andern Worten: der Profit wird verringert. Die Arbeitsleistung des Arbeiters selbst erfährt durch die Verkürzung der Arbeitszeit im allgemeinen keine Verringerung. Sicherlich kann eine solche bei einer gewissen Grenze eintreten. Aber diese Grenze zeigt sich nicht bloß bei einer unverhältnismäßigen Verkürzung, sondern auch bei einer übermäßigen Verlängerung der Arbeitszeit. Innerhalb dieser oberen und unteren Grenze nimmt die Arbeitsleistung mit der Verkürzung der Arbeitszeit zu. Wenn trotzdem die Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und damit scheinbar gegen die Steigerung der Arbeitsleistung sind, so deshalb, weil sie bei langer Arbeitszeit den Mehrwert, der aus der unbezahlten Arbeit fließt, mit größerer Unauffälligkeit einheimen können; dann aber auch, weil sie den Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Arbeitsleistung nicht immer ganz begreifen, also an die Steigerung der letzteren bei Verkürzung der ersteren nicht glauben; schließlich, weil die körperliche Degeneration, welche durch überlange Arbeitszeiten hervorgerufen wird, bei dem Umstande, daß der Ersatz der menschlichen Arbeitskraft in der Regel nicht schwer fällt und ein nur zu großer Teil der Arbeiterschaft noch unorganisiert, demnach wehrlos ist, die Unternehmer nicht weiter geniert. Wozu — denken sich die gefühlvollen Unternehmer — sollen wir die menschliche Arbeitskraft der Proletarier, die so unvorsichtig sind, sich uns unorganisiert anzubieten, schonen? „Wenn diese Arbeiter mit ihrer Arbeitskraft Raubbau treiben lassen, uns Unternehmern kann dies recht sein.“

Zum Glück wächst die Zahl der Arbeiter, welche diese selbstmörderische Gedanken- und Wehrlosigkeit verdammen, von Jahr zu Jahr. Immer mehr verbreitet sich unter ihnen die Erkenntnis, daß die einzige Ware, die der Arbeiter zu verkaufen hat, seine Arbeitskraft, nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit vor vorzeitiger Abnutzung bewahrt und rentabel gemacht werden kann. Immer mehr auch verbreitet sich unter den Arbeitern die Einsicht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht von dem vereinzelt Arbeiter, sondern nur von der Gesamtheit durchgesetzt werden kann. Sie organisieren sich deshalb und ihre Gewerkschaften bemühen sich, durch tarifmäßige Vereinbarungen mit den Unternehmern die Arbeitszeit zu kürzen und so den Lohn zu steigern. Kurze Arbeitszeit, hoher Lohn! Diese Parole ist heute den Arbeitern aller Berufe in Fleisch und Blut übergegangen; leider noch nicht im selben Maße auch die Ueberzeugung, daß diese Parole nur von der Organisation verwirklicht werden kann. In Würdigung dieser Tatsache haben die klaffenbewußten Zimmerer seit langen Jahren schon mit großem Eifer ihre Kameraden aufzuklären und zu gewinnen getrachtet. Denn was von allen Gewerben gilt, das gilt auch von dem ihren: daß Arbeitszeit und Lohn im umgekehrten Verhältnis stehen. So betrug nach einer Statistik*

der durchschnittliche Stundenlohn (in Deutschland) bei einer täglichen Arbeitszeit von

über 11 Stunden	27 1/2	A
11	28 1/11	"
10 bis 11	30 2/3	"
10	37 2/26	"
unter 10	50 1/2	"

Von amerikanischen Zimmerleuten wird mitgeteilt, daß ihr Wochenverdienst bei zehnstündiger Arbeitszeit 2,75 Dollar, bei neunstündiger Arbeitszeit hingegen 3,25 Dollar betrug.

Wie stehen nun die Dinge bei uns? Nach der von unserm Zentralverband im Vorjahre herausgegebenen Statistik über die Organisationsverhältnisse, Arbeitszeit und Stundenlöhne im Zimmererberuf Deutschlands arbeiteten:

Im Jahre 1906	Im Jahre 1911	Stunden
Zimmerer	Zimmerer	
14 052	15 256	9
6 729	11 057	9 1/2
705	271	9 3/4
42 861	48 820	10
3 899	2 239	10 1/2
13 447	2 177	11
334	10	11 1/2
838	119	12
447	85	?

Was besagen diese Ziffern? Daß von 62 865 Zimmerern, deren Arbeitszeit im Jahre 1906 ermittelt wurde, die Mehrheit (42 861 = 51,7 pZt.) den Zehnstundentag hatte und daß im Jahre 1911 diese Mehrheit 48 820 (= 60 pZt. von 79 949) betrug. Die Aufwärtsbewegung steht also fest und zeigt sich auch an den übrigen Ziffern. Die Zahl der Kameraden, welche kürzere Arbeitszeit genießt, ist in den letzten Jahren (von 1906 bis 1911) größer geworden. Drei Fünftel der Kameraden, über die wir Erkundigungen einzogen, hatten also die zehnstündige, ein Fünftel fast (19,08 pZt.) die neunstündige Arbeitszeit. Bloß 4,69 pZt. mußten im Jahre 1911 länger als zehn Stunden arbeiten; im Jahre 1906 waren es noch 22,35 pZt. Der Fortschritt ist unverkennbar, er drückt sich auch in folgenden Tatsachen aus:

Im Jahre 1906 mußten noch über ein Fünftel (22,35 pZt.) unserer verbandsangehörigen Kameraden in den Sommermonaten länger als zehn Stunden arbeiten; im Jahre 1911 war die Zahl dieser Bedauernswerten auf 5,69 pZt. zusammengeschmolzen.

Im Jahre 1906 hatten fast 52 pZt. (51,72 pZt.) den Zehnstundentag erobert; im Jahre 1911 waren es schon 61,06 pZt. Im Jahre 1906 genoß mehr als ein Viertel der Kameraden (25,93 pZt.) den Vorteil einer verkürzten Arbeitszeit von weniger als zehn Stunden; im Jahre 1911 hatte diesen Vorteil schon ein Drittel der Kameraden.

Dieser Fortschritt ist um so wunderbarer, als die Stärke der Organisation in dem Zeitraum 1906 bis 1911 durchaus nicht so enorm gewachsen ist, wie dies wünschenswert wäre. Denn von je 100 Arbeitern im Zimmererberuf gehörten unserm Zentralverbande im Jahre 1906 56,88 und im Jahre 1911 erst 58,31 an, also nicht viel mehr als die Hälfte. Wenn trotzdem die Dauer des Arbeitstages so ausgiebig herabgesetzt werden konnte, wenn in den sechs Jahren die Zahl der Kameraden, die eine Verkürzung der Arbeitszeit errangen, sich stattlich vermehren konnte, so ist dies ein zwingender Beweis dafür, daß unsere Organisation rascher an innerer Stärke wächst, denn an Masse, daß es auf das bloße Zahlenverhältnis allein nicht ankommt. Gleichzeitig aber drängt sich natürlich die Frage auf, was alles hätte durchgesetzt werden können, wenn die Kameraden in noch dichteren Haufen der Gewerkschaft zugeströmt wären.

Der Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung und Organisationsstärke wird noch deutlicher, wenn man beide in den einzelnen Bundesstaaten und Landesteilen miteinander vergleicht. Wir sehen da folgendes Bild: Ueber dem allgemeinen Reichsdurchschnitt von 58 Organisierten von 100 berufstätigen Kollegen standen 1911 folgende Bundesstaaten:

	Organisierte pZt.	Arbeitszeit von über zehn Stunden pZt.
Bayern	87,65	1
Sachsen	88,82	5,76
Württemberg	—	0,87
Mecklenburg-Schwerin	64,68	1,19
Strelitz	78,16	—
Oldenburg	69,89	—
Braunschweig	65,53	1,32
Schwarzburg-Sondershausen	61,64	2,92
Lübeck	71,10	—
Bremen	88,99	—
Hamburg	83,66	—
Elßaß-Lothringen	68,64	14,63

Von Sachsen und Elßaß-Lothringen abgesehen, ergibt sich demnach, daß dort, wo die zahlenmäßig stärkste Organisation sich befindet, auch die günstigsten Arbeitszeitverhältnisse herrschen, insofern als daselbst die Zahl derer, die länger als zehn Stunden täglich arbeiten müssen, am geringsten ist. Nur Sachsen und Elßaß-Lothringen machen eine Ausnahme; denn obgleich hier die Zahl der Organisierten über dem allgemeinen Durchschnitt steht, ist doch die Zahl der Kameraden, welche noch eine über zehn Stunden hinausgehende Arbeitszeit haben, eine verhältnismäßig größere. Dafür zeigen zum Beispiel Baden, Sachsen-Weimar, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuß ältere Linie und die beiden Lippe, daß trotz schwächerer Organisationen die Arbeitszeitverkürzung weiter vorgeschritten ist, als man eigentlich erwarten dürfte. An der Tatsache jedoch, daß die stärkeren Organisationen auch die größeren Fortschritte in der Arbeitszeitregelung aufweisen, wird hierdurch nichts geändert; denn da, wo dies nicht zutrifft, handelt es sich fast durchgängig um Kleinstaaten mit offenbar ganz besonders günstigen Kampfbedingungen.

Bei den im Betongewerbe beschäftigten Zimmerern kommen Arbeitszeiten von mehr als zehn Stunden fast gar nicht vor. Unsere Verbandsstatistik vom Jahre 1911, die freilich noch nicht vollständig genug ist, um eine gesicherte Grundlage für Schlussfolgerungen abzugeben, verzeichnet nur zwei Fälle, in welchen länger als zehn Stunden gearbeitet wurde. Diese Spezialisierung der statistischen Erhebungen ist ein Anfang. Mit dem Ausbau unserer Organisation wird es vielleicht möglich sein, auch andere Teile unseres Gewerbes durch besondere Untersuchungen sozialpolitisch aufzuhellen. Auf alle Fälle zeigt schon die bisherige Sozialstatistik, wie sehr zielbewußte, unerbitterte Organisationsarbeit den sozialpolitischen Fortschritt fördert und wie insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit von der Kraft der Gewerkschaft abhängt. Trotz der Mängel, die unserer Statistik infolge nicht genügend zuverlässiger Erhebungen anhaften können, geht dies aus den Ziffern unzweifelhaft hervor. Zugleich allerdings auch, wie groß noch die Fülle von Arbeit ist, die zu tun uns obliegt. Wir müssen es dahin bringen, daß eine über zehn Stunden hinausgehende Arbeitszeit in unserm Gewerbe ganz verschwindet und daß dieselbe für die überwiegende Mehrheit unserer Kollegen unter zehn Stunden herabgesetzt wird. Der deutsche Zimmermann soll mehr freie Zeit bekommen, um am Bau der Zukunft und seiner eigenen Bervollkommnung intensiver mitarbeiten zu können.

* Dr. G. L u g, Sozialpolitisches Handbuch 1892.

Ein erfreulicher Beschluß deutscher Volksschullehrer.

Th. Berlin, 7. Juni.

Die Beziehungen zwischen den deutschen Volksschullehrern und der Arbeiterbewegung sind im allgemeinen noch ziemlich locker. Zwar wissen die Lehrer, daß die Tausenden von Sozialdemokraten, die in städtischen und ländlichen Gemeindevertretungen sitzen, jederzeit treue Förderer der Volksschulfrage sind, daß ihren Anregungen gar manche Verbesserung und Erleichterung zu danken ist, und daß es ohne Ausnahme die bürgerlichen Parteien sind, die unsere Parteifreunden in den Arm fallen, wenn sie in der Hebung der Volksschule ein schnelleres Tempo eingeschlagen wissen wollen. Trotzdem stehen die weitaus meisten Volksschullehrer der Sozialdemokratie mehr oder weniger feindlich gegenüber. Auch dadurch lassen sich nur wenige Lehrer zu einer gerechten Würdigung des Sozialismus bekehren, daß keine bürgerliche Reichstagsfraktion so viele ihrer Berufskollegen aufweist wie die sozialdemokratische, in deren Reihen nicht weniger als sechs einstufige Lehrer sitzen, nämlich die Genossen David, Hoffmann-Kaiserslautern, Kunert, Rühle, Schulz und Thiele. Nicht selten muß von unsern Parteigenossen geklagt werden, daß es gerade Volksschullehrer sind, die namentlich auf dem Lande im Wahlkampfe am lautesten und unanständigsten gegen unsere Partei auftreten.

Das kann natürlich unsere Stellungnahme zur Volksschule und ihren Lehrern nicht beeinflussen. Wir werden vielmehr nach wie vor jede Gelegenheit benutzen, die Volksschule von den Mißständen freizumachen, die ihr noch anhaften.

Das schlimmste dieser Nebel liegt darin, daß unser Schulwesen mehr und mehr den ausgesprochenen Charakter eines Kasten- und Klasseninstituts angenommen hat. Da gibt es neben den einfachen Volksschulen, die sich wieder in zwei-, drei-, vier-, sechs- und achtklassige gliedern, die Bürgerschulen, die Mittelschulen, die Vorschulen, die gehobenen und die höheren Mädchenschulen, die lateinlosen Realschulen, die Vor- und die Volkshochschulen, die Privatschulen verschiedener Art, je nach der Fülle des väterlichen Geldbeutels zugehört, und nicht zum wenigsten die Unterscheidung zwischen katholischen und evangelischen Schulen mit verschieden bearbeiteten Lehr- und Lesebüchern. Ein tolles und wirres Durcheinander, eine direkte Verneinung jeder pädagogischen Grundlage, eine unverworfene Konzeption an Kastendünkel, Standesinteressen und Reichtum.

Da ist es erfreulich, daß aus den Reihen der Volksschullehrer selbst ein energischer Vorstoß gegen die Verschrobenheit der heutigen Zustände unternommen worden ist. Das ist geschehen auf dem Deutschen Lehrertage, der zu Pfingsten in Kiel seine Beratungen abhielt. Der Deutsche Lehrertag bildet die weitaus größte Lehrervereinigung Deutschlands. Ihm gehören an 180 000 Lehrer als Mitglieder an, von denen über 8000 in Kiel erschienen waren. Den Hauptvortrag erstattete der Münchner Schulrat Dr. Kerschsteiner über die nationale Einheitschule. Seinem Referate legte er mehrere Leitsätze zugrunde, in denen gesagt wurde:

In einem Staate, der die Beziehungen seiner Mitglieder nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit regelt, muß die allgemeine öffentliche Schule jedem Kinde ohne Ausnahme die Erziehung ermöglichen, auf der es nach Maßgabe seiner Veranlagung Anspruch erheben kann.

Jedes Kind ist verpflichtet, von den öffentlichen Erziehungseinrichtungen so lange Gebrauch zu machen, als es zur Ausbildung eines nützlichen Mitgliedes der Kulturgemeinschaft nötig erscheint.

Die Lasten der allgemeinen öffentlichen Pflichtschulen sind aus allgemeinen Einnahmen, nicht durch besondere Schulgelder zu decken. Wird in höheren Schulen ein Schulgeld erhoben, so ist jeder mittellose Begabte hiervon zu befreien. Die Zahl der so Befreiten ist nicht auf einen bestimmten Prozentsatz zu beschränken. Mittellosen Eltern besonders begabter Schüler sind Erziehungsbeiträge aus öffentlichen Mitteln zu gewähren.

In allen öffentlichen Schulen sind mittellosen Schülern die Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Es widerspricht dem Geiste des Rechts- und Kulturstaates, daß neben den Pflichtschulen noch andere Schulen (Standeschulen) unter dem Vorwande erweiterter Bildung unterhalten werden, die nur von einzelnen infolge ihrer besseren wirtschaftlichen Lage besucht werden können. Jede Unterscheidung der öffentlichen Schulen nach Vermögen oder Stellung der Eltern ist eine Verletzung des Rechts- und Kulturstaates.

Die allgemeine öffentliche Schule bedarf aber der Differenzierung aus psychologischen und pädagogischen Gründen. Sie ist geboten durch die Wachstumsreihe der Böglinge, durch deren Veranlagung für einzelne Berufe...

Die Gestaltung, Verwaltung und Beaufsichtigung der allgemeinen öffentlichen Schule ist ausschließlich Angelegenheit der Staatsgemeinschaft, die

ihre Lasten trägt und in deren Dienst die Schule als Erziehungsinstitut arbeitet.

Diese Grundforderungen an eine Einheitschule enthalten das Wichtigste, was auch die Sozialdemokratie zur Befestigung der heutigen Standeschulen verlangt. Dr. Kerschsteiner hat nicht alle Konsequenzen klar ausgesprochen, die sich aus seinem Programm ergeben. Er mag das unterlassen haben, um die Leisetreter unter seinen Kollegen nicht abzuschrecken. Er hatte denn auch den Erfolg, daß seine Leitsätze, die wesentlich länger sind als der vorstehend wiedergegebene Auszug, einstimmig angenommen wurden. Das ist ein erfreuliches Ereignis und bedeutet einen bemerkenswerten Fortschritt.

In der Debatte wurde an mehreren Punkten eingeklagt, die Dr. Kerschsteiner wohl absichtlich unberührt gelassen hatte. So betonte Schulrat Scherer-Offenbach, die Schule dürfe den Kindern keinen konfessionellen Unterricht erteilen, das müsse den Kirchengemeinschaften überlassen bleiben. Ehe diese Frage nicht gelöst sei, werde es keine nationale Einheitschule und keinen freien Lehrerstand geben. Die Berichte verzeichneten hier „stürmischen Beifall“. Lehrer Polz-Weimar unterstrich das und forderte den Kampf nach zwei Fronten, nämlich gegen den Kastengeist und gegen den Ultramontanismus. Stadtschulrat Dr. Siedinger-Mannheim stellte als Ziel der Schule hin: freie Bahn jedem Talent, damit es sich voll entfalten kann; aber auch erhöhte Fürsorge für die Schwachen! Auch nach diesen Worten ist „stürmischer Beifall“ verzeichnet. Nicht treffend bemerkte Lehrer Tews-Berlin, die Schulfrage sei zwar keine Parteifrage, aber eine politische Frage. Die Einheitschule werde nur durch ernste Kämpfe zu erlangen sein. Wenn der Lehrertag sich hier im Sinne des Referenten für die Einheitschule ausspreche, so dürfe sie aber auch niemand zu Hause verleugnen. Herr Tews kennt offenbar die schwache Seite vieler seiner Kollegen.

Alles in allem herrschte eine klare und entschiedene Sprache, was zu begrüßen ist. Der Beschluß des Lehrertages ist um so erfreulicher, als vier Wochen vorher der Kultusminister des leider einflussreichsten deutschen Bundesstaates sich wegwerfend über die deutsche Einheitschule ausgesprochen hatte. Der preussische Kultusminister v. Trost zu Solz glaubte nämlich, durch folgende Späßchen mit der Forderung auf eine Einheitschule fertig werden zu können: „Es ist wenigstens zweifelhaft, ob diese Schule jemals bei uns wird eingeführt werden können. Noch zweifelhafter ist es, ob sie zum Segen unseres Volkes gereichen würde. Unzweifelhaft aber ist, daß ihre Einführung unter den gegenwärtigen Verhältnissen und in der überschaubaren Zukunft einfach eine Unmöglichkeit ist.“

Auch hier wieder zeigte sich Preußen als der Fels der Reaktion, der es nur bleiben kann, solange das schändliche Wahlgesetz zum preussischen Landtage diesen an Junker, Polizei und Finstermänner ausliefert. Wenn der Minister bezweifelt, ob die Einheitschule zum Segen des Volkes gereichen würde, so verwechselt er wieder einmal Volk und Vorrechte der besitzenden Klasse. Dieser würde allerdings eine allgemeine Einheitschule, wie sie oben kurz skizziert worden ist, nicht vom Vorteil sein; denn sie kann sich nur so lange in ihrer Vorrechtsstellung behaupten, als der größte Teil in künstlicher Dummheit erhalten bleibt, wie sie durch die heutigen Volksschulen systematisch verbreitet wird. Aber eben deswegen werden die Arbeiter alles daranzusetzen haben, den Finsterlingen die nötige Kerze aufzusteden.

Der häufige Mitgliederwechsel in den Gewerkschaften.

Ebenso alt als allgemein sind die Klagen der leitenden Personen in den Gewerkschaften über den häufigen Mitgliederwechsel und es ist daher eine immer wieder erhörte Frage nach den Ursachen der Mitgliederverluste und nach den Mitteln, sie zu verhindern oder zum mindesten doch immer mehr bis auf einen kleinen unvermeidlichen Rest einzuschränken. Nur so könnte eine feste Stetigkeit im Mitgliederbestande und eine andauernde Vermehrung der Mitgliederzahl in unsern Gewerkschaften erzielt werden.

Gerade diese sehr unbefriedigenden Verhältnisse der Gewerkschaftsbewegung bedeuten eine schlagende Widerlegung des Terrorismusgeschreies der Gegner. Würde in den Gewerkschaften tatsächlich der Terrorismus geübt, von dem die Scharfmacher zu dem Zwecke so viel phantasieren, den Klassenstaat zum gewalttätigsten Vorgehen gegen die gehafteten Organisationen zu veranlassen, so müßte die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter doppelt oder überhaupt mehrfach so groß sein als sie heute ist; denn dann würde es nicht mehr viel unorganisierte Arbeiter geben. Heute ist die Lage so, daß viele Arbeiter wegen Unverständs überhaupt nicht zum Anschluß an die Gewerkschaft zu bewegen sind und die andern, die zum Beitritt bewegen werden können, zu einem sehr großen Teile aus Gleichgültigkeit nach kürzerer oder längerer Zeit der Gewerkschaft wieder den Rücken kehren. Der vielbeschworene Terrorismus würde den Unverständnis wie die Gleichgültigkeit überwinden, die Unorganisierten in die Gewerkschaften treiben und sie hier auch festhalten.

Es wäre von großem Interesse, die Mitgliederbewegung in den einzelnen Verbänden auch Jahr für Jahr in der gewerkschaftlichen Zentraltatistik darzustellen; man würde da Hunderttausende und Millionen von Eintritten und Austritten verzeichnen können. Die Verbände berichten darüber ja alljährlich und sind daher ihre Mitglieder davon unterrichtet. Welchen Umfang diese Mitgliederbewegung erreicht, zeigt zum Beispiel das Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes von 1912, nach dem in diesem Jahre 215 463 Beitritte und Uebertritte, andererseits 169 061 Austritte (einschließlich der Todesfälle) zu verzeichnen waren. Der Gewinn dieser riesigen Mitgliederbewegung, die eine Unsumme von Verwaltungsarbeit und Verwaltungsmaterial erforderte, betrug 46 402, um die die gesamte Mitgliederzahl des Verbandes von 515 145 in 1911 auf 561 547 stieg. Gewiß ist die Mitgliederzahl, um die der Verband wuchs, an sich bedeutend, ist doch ein Verband mit so viel Mitgliedern schon eine ganz ansehnliche Organisation; aber sie macht eben doch nur 20 pZt. der gesamten Bei- und Uebertritte aus, so daß 80 pZt. davon dem Verbande wieder verloren gingen. Das ist eine Verschwendung an Zeit, Kraft und Material, also eine ungewöhnliche gewerkschaftliche Betriebsweise, die durch einen möglichst verlustlosen Betrieb sollte ersetzt werden können.

Der große Verlust, den die Gewerkschaften jedes Jahr zu verzeichnen haben, beschränkt sich natürlich nicht auf neueingetretene Mitglieder, es stellen dazu vielmehr auch solche, die in früheren Jahren eingetreten sind, dem Verbande schon etwas länger angehört, ihren Anteil. Eine Tabelle im Jahrbuch des Metallarbeiterverbandes, die bis zum Eintrittsjahr 1902 zurückgreift und den Mitgliederbestand von 1911 und 1912 in Vergleich stellt, zeigt für alle Jahrgänge in 1912 einen kleineren Bestand als für 1911. Von den 561 547 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes stammten 1912 nur noch 33 766 oder 6,01 pZt. aus der Zeit vor 1902 und nur 12 021, die 1902 in den Verband eingetreten sind. Jedes folgende Jahr zeigt eine größere gebliebene Mitgliederzahl, so das Jahr 1911 86 994; die Zahl der neuen Mitglieder von 1912 belief sich auf 13 657. Und so betrug die Mitgliederzahl der beiden letzten Jahre 1911/12 223 570 oder 40 pZt. der Gesamtmitgliedschaft, so daß 60 pZt. länger als zwei Jahre dem Verbande angehört.

Die Tabelle über das Alter der Mitglieder zeigt, daß die Klasse von 20 bis 30 Jahren allein 42 pZt. aller Mitglieder umfaßt, während 16 pZt. auf die Klassen unter 20 Jahren und 38 pZt. auf jene über 30 Jahre entfallen, wovon aber nur rund 8 pZt. auf die Klasse von über 50 Jahre kommen. Diese Tabelle führt auch Lebenslängliche Mitglieder auf; denn die 7144 im Alter von 55 bis 60, 3852 von 60 bis 70 und 348 von über 70 Jahren darf man doch als solche bezeichnen. Dahin muß es auf der ganzen Linie kommen, daß die lebenslänglichen Lohnarbeiter auch lebenslängliche Gewerkschaftsmitglieder bleiben, wie ja auch die Unternehmer ihren Arbeitgeberverbänden bis zum Tode als Mitglieder treu bleiben.

So wie die Mitgliederbewegung im Deutschen Metallarbeiterverband, ist sie auch in vielen andern Verbänden, nur daß man es hier mit kleineren Zahlen zu tun hat. Und in allen Gewerkschaften ist man darauf bedacht, die Ursachen des so überaus unerfreulichen großen Mitgliederwechsels festzustellen, die geeigneten Mittel zu seiner Einschränkung ausfindig zu machen und sie praktisch anzuwenden, um den beständigen weiteren Fortschritt der Organisation zu sichern.

In eingehender Weise beschäftigte sich vor einiger Zeit der „Proletarier“, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, mit den „Trennungen“, mit den fahnenflüchtigen Mitgliedern, wobei er die Ursachen der Mitgliederbewegung und auch die Mittel zur Erreichung der Beständigkeit in der Entwicklung unserer Gewerkschaften feststellte.

Der „Proletarier“ führt ganz richtig aus, daß der Mitgliederwechsel in wirtschaftlichen Wüstenzeiten ebenso sich vollzieht, wie in Zeiten der wirtschaftlichen Krise, nur fällt er in den letzteren deswegen mehr auf, weil da aus natürlichen Gründen der Zugang an Mitgliedern ein weit geringerer ist.

Die Grundlage der Artikel im „Proletarier“ bilden die Verhältnisse in sieben Zahlstellen des Fabrikarbeiterverbandes mit insgesamt 6419 Mitgliedern. In diesen sieben Zahlstellen stellte sich der Zugang an Mitgliedern im Jahre 1913 so:

Es traten ein	1758 Mitglieder
Uebergetreten sind	186 "
Vom Militär kamen zurück	45 "
Es reisten zu	133 "
Gesamtzugang	2122 Mitglieder

Der Abgang an Mitgliedern im letzten Jahre stellte sich so:

Ausgetreten und gestrichen	1210 Mitglieder
Gestorben	44 "
Zu andern Gewerkschaften übergetreten	294 "
Zum Militär eingezogen	109 "
Abgereist	559 "
Gesamtabgang	2216 Mitglieder

Von den 1210 ausgetretenen und gestrichenen Mitgliedern gehörten der Organisation an:

über 7 Jahre	6 Mitglieder
" 6 "	9 "
" 5 "	11 "
" 4 "	15 "
" 3 "	40 "
" 2 "	106 "
" 1 Jahr	227 "
" 1/2 "	238 "
" 1/4 "	219 "
unter 1/4 "	319 "

Aus dieser Zusammenstellung geht zunächst hervor, daß die sieben Zahlstellen einen Verlust von 94 Mitgliedern haben. Im Jahre 1912 hatten dieselben Zahlstellen prozentual denselben Abgang an Mitgliedern wie im letzten Jahre, aber die Zahl der Eintritte war um fast 100 pZt. höher, so daß diese Zahlstellen einen Zuwachs von rund 1000 Mitgliedern hatten. Der Rückgang im Gewinn neuer

Mitglieder veranschaulicht die größeren Schwierigkeiten und den geringeren Erfolg der Agitation in Krisenzeiten. Ferner geht aus obiger Zusammenstellung hervor, daß von den 2216 abgegangenen Mitgliedern 1106, oder die Hälfte aller Abgänge, auf Sterbefälle, Uebertritte, Abreisen und Militärpflichtige entfällt. 50 pZt. aller Abgänge sind natürliche Abgänge, die wir nicht verhindern können und nicht verhindern wollen. Die zu andern Gewerkschaften Uebergetretenen sind zwar für den Verband verloren, aber nicht für die Gewerkschaftsbewegung; denn sie führen in einer andern freien Gewerkschaft den gleichen Kampf weiter. Daß von den Abgereisten ein Teil der Organisation verloren geht, ist allerdings eine unliebsame Tatsache. Denn wie aus den Quartalsstatistiken hervorgeht, ist in allen Gauen die Zahl der Abgereisten weit höher als die Zahl der Zugereisten. Aber auch diese Tatsache ist nicht immer auf Treulosigkeit der betreffenden Kollegen zurückzuführen. Sehr viele der Abgereisten irren Wochen und Monate umher, ehe sie Arbeit bekommen; sie bleiben mit den Beiträgen im Rückstand und treten dann lieber von neuem ein, ehe sie die großen Rückstände nachzahlen. Dies trifft besonders bei den Kollegen zu, die noch nicht berechtigt sind zum Bezuge der Reiseunterstützung. Ein anderer, ebenfalls großer Teil der Abgereisten geht der Organisation dadurch verloren, daß er aus den Städten und Industriezentren auf längere Zeit in seine ländliche Heimat zieht und dort meist die Mitgliedschaft gar nicht aufrechterhalten kann. Zerlegt man so die Mitgliederbewegung in ihre einzelnen Bestandteile, so sieht sie gar nicht so schlimm aus, wie wir es gemeinhin annehmen.

Auch für das Wiederabonlaufen der 796 Mitglieder, die nicht einmal ein Jahr dem Verbands treu blieben und die 60 pZt. aller Austritte ausmachen, weiß der „Proletarier“ milde Umstände geltend zu machen. Sie waren noch keine gefestigten Gewerkschafter und sind daher den Einflüssen von Gegnern und eigenen Verwandten erlegen. Wegen der Einrichtungen der Gewerkschaft dürften sie nicht ausgetreten sein; denn diese kannten sie ja noch kaum. Aber es wird ganz richtig der Schluß daraus gezogen, daß wir uns in Zukunft immer mehr der Jugendorganisation annehmen müssen, wenn wir den starken Mitgliederwechsel eindämmen wollen. Besonders ist es, wenn Zahlstellen die Austritte ruhig hinnehmen, statt alles zu versuchen, die Wankelmütigen durch Aufklärung der Organisation zu erhalten.

Die 333 Austritte nach ein- und zweijähriger Mitgliedschaft findet der „Proletarier“ schon bedenklich; aber er findet sie aus drei Gründen ebenfalls erklärlich. Der erste Grund besteht in dem Eintritt in staatliche oder andere Betriebe, in denen den Arbeitern die Zugehörigkeit zur Organisation unmöglich gemacht wird. Den zweiten Grund erblickt der „Proletarier“ in der Unzulänglichkeit der Erwerbslosigkeit für manche Mitglieder, und den dritten Grund in dem Zurückverfallen in die alte Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit, da noch zu wenig gewerkschaftliche Ueberzeugung und Befestigung vorhanden war.

Alle diese Annahmen werden als richtig bestätigt durch die fast ausnahmslose Gewerkschaftstreue nach dreijähriger Mitgliedschaft, mag jene auch nur in der verständnisvollen Wertschätzung der erworbenen Unterstützungsrechte ihren tiefsten Grund haben. Nur selten wird ein altes Mitglied der Gewerkschaft untreu. Die wenigen Austritte älterer Mitglieder haben fast immer ihren Grund in wirtschaftlichen Verhältnissen. Entweder sind sie zu alt oder invalide geworden, oder sie sind der Industriearbeit nicht mehr gewachsen und suchen dann in der Landwirtschaft ihr Fortkommen. Bei bejahrten Kollegen spielt auch die Furcht vor dem Unternehmer eine große Rolle; sie fürchten, ihre Arbeitsstelle zu verlieren und scheiden — wenn auch ungern — aus der Organisation aus. Solche Zwangsausstritte kommen namentlich da vor, wo die gelbe Seuche und der dazu gehörige Unternehmerterrorismus grassieren, die wieder durch die Wirtschaftskrise besonders begünstigt werden. Es ist daher eine skrupellose Heuchelei der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, wenn sie von einer Abwendung der Arbeiter von der freien Gewerkschaftsbewegung und von „Zuströmen“ zu den gelben Vereinen schwätzt. Dabei schreibt sie nach wie vor nach den schärfsten Maßnahmen und Ausnahmegesetzen gegen die ihr verhassten freien Gewerkschaften.

Besonderes Interesse beansprucht die statistische Erfassung und Darstellung der Gründe, aus denen Arbeiter den Gewerkschaften untreu werden. Von den 1210 abgegangenen Mitgliedern verließen den Fabrikarbeiterverband oder wurden ausgeschlossen aus folgenden Gründen:

I. Gruppe.

- 62 Mitglieder nahmen Arbeit in Staatsbetrieben,
- 40 " nahmen Arbeit in der Landwirtschaft,
- 57 " (Mädchen) gingen in Stellung,
- 41 " (Mädchen) verheirateten sich und gingen nicht mehr in Arbeit,
- 65 Mitglieder (Frauen) haben die Fabrikarbeit aufgegeben,
- 15 " (Frauen) sind nur noch in der Hausindustrie tätig,
- 36 Mitglieder sind invalide (Rentner),

316 Austritte oder zirka 26 pZt. der Gesamtaustritte erfolgte aus Gründen, die wir unter Berücksichtigung der Verhältnisse anerkennen müssen. Treulos kann man diese gewesenen Mitglieder gerade nicht nennen.

II. Gruppe.

- 274 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gestrichen,
- 38 " weil ihnen die Unterstützung zu gering,
- 128 " weil es für sie angeblich keinen Zweck hat,
- 28 " weil in ihrem Betrieb doch nichts zu machen ist,
- 76 " haben kein Geld für den Beitrag übrig,
- 22 " haben zu viel Kinder, da langt es nicht,
- 32 " bezahlen nicht, weil sie lange arbeitslos waren,
- 26 " weil der Beitrag zu hoch ist,
- 9 " wollen sich das Geld sparen,
- 34 " weil der Unternehmer es nicht leidet,
- 12 " mußten zu den Gelben übertreten,
- 10 " weil andere auch austritten,
- 11 " weil doch nicht alle dabei sind,
- 11 " weil die Lohnbewegung wenig Erfolg hatte,
- 9 " wegen Unmöglichkeit mit den Kollegen,

- 18 Mitglieder weil die Frau immer schimpft,
- 13 " wollen die Beamten nicht fett machen,
- 18 " wegen Erhebung eines Lokalzuschlags,
- 52 " verzogen, neue Wohnung unbekannt,
- 18 " kaufen sich lieber Schnaps (notorische Trinker),
- 29 " wegen Verbandschädigung ausgeschlossen,
- 6 " wegen ehrlöser Handlung ausgeschlossen,
- 23 " aus sonstigen Gründen.

Unter den „sonstigen Gründen“ befindet sich eine Anzahl ganz origineller Art. Ein Kollege trat aus, weil er beim Vergnügen als Musiker nicht mitwirken durfte; einer, weil keine Weihnachtsfeier veranstaltet worden ist; zwei Kollegen, weil gegen ihren Wunsch eine Lohnbewegung gemacht wurde (merkwürdige Klage!). Drei Kollegen kehrten dem Verband den Rücken, weil sie zu Nachwächtern befördert wurden. Zwei Frauen mußten aus dem Verbands heraus, weil ihre Männer es verlangten. Zwei Kollegen, Stubennachbarn, traten aus, weil ihre „besseren Gehälften“ sich nicht vertragen konnten, weshalb auch die beiden Kollegen miteinander in Streit gerieten. Sie wollten daher in der Organisation nicht zusammen sein, und so verschwand beide in der Masse der Denksaulen. Schwer geschädigt wollten zwei Kollegen durch die Organisation sein und traten deshalb aus. Vorher bezogen aber beide ganz erhebliche Summen Streik- und Gemahregelunterstützung. (Charakterstärke scheint deren schwache Seite zu sein.) Einige wollten sich für das Geld lieber Ruchen oder Wurst kaufen und wieder andere glaubten durch ein längeres Verweilen in der Organisation sich den Himmel zu verschmerzen oder beim Kriegerverein in Ungnade zu fallen usw.

Abgehen von denen, die ausgeschlossen wurden oder die als notorische Trinker gelten, müßte bei allen andern versucht werden, sie der Organisation zu erhalten; denn all die vorgebrachten Gründe sind nur Scheingründe. An der Spitze unserer Zusammenstellung rangieren diejenigen, die wegen Beitragsreste gestrichen worden sind. Die Jungorganisierten sind eben an das Beitragszahlen nicht gewöhnt. Sie sind durch irgendeinen Zufall — nicht durch Ueberzeugung — zu uns gekommen, haben sich in einer Versammlung, bei der Hausagitation oder auch im Betriebe von einer Augenblicksstimmung leiten und zum Eintritt in die Organisation überreden lassen. Ueberzeugt sollten sie erst noch werden. Da sie aber einige Male hintereinander ihren Beitrag nicht entrichteten, ist der Hilfskassierer ärgerlich geworden und hat sie nicht wieder besucht. Sie waren also nach einer kurzen Mitgliedschaft wieder für uns verloren.

Eine nähere Widerlegung der „Scheingründe“ kann hier unterbleiben, sie sind diejenigen der Unorganisierten und Gleichgültigen, die nur durch Aufklärung in den Versammlungen und durch Hausbesuche eines Besseren belehrt werden können. Kein Mitglied sollte wegen Beitragsrückstände der Gewerkschaft verloren gehen, wenn die Hilfs- oder Unter- und Hauskassierer ihre Pflicht tun und auch die wohl in allen Gewerkschaftstatuten enthaltenen Bestimmungen über die Stundung oder zeitweise Befreiung von den Beiträgen in allen gegebenen Fällen angewandt werden. Auch der Wohnungswechsel sollte keinen Mitgliederverlust zur Folge haben. Weiß man die neue Adresse des Mitgliedes nicht, so sollte man doch wissen, wo es arbeitet und so die neue Wohnung ermitteln.

Diese notwendigen und nützlichen Arbeiten werden in zahlreichen Zahlstellen des Fabrikarbeiterverbandes von Mahnkommissionen besorgt, und diese zweedmäßige Einrichtung haben wohl auch andere Verbände. Der Metallarbeiterverband hat seinen Ortsverwaltungen ebenfalls die Einführung des Mahnverfahrens empfohlen; es scheint davon nach dem Jahrbuch für 1912 nicht starker Gebrauch gemacht worden zu sein. Uns scheint sie eine sehr praktische Einrichtung zu sein, die für die Weiterentwicklung der Gewerkschaften große Bedeutung erlangen kann.

Ueber die Agitation und alle Agitationsformen zur Gewinnung neuer Mitglieder ist schon viel geschrieben und gesprochen worden und man wird sich auch fernerhin damit beschäftigen müssen. Nicht geringere Bedeutung hat die Erhaltung und Festhaltung der neugewonnenen Mitglieder, denn durch sie erhält alle unsere Agitations- und Verbesserungsarbeit erst ihren wahren Wert; andernfalls ist diese Arbeit ganz oder zum Teil umsonst getan, was Verschwendung an Zeit, Geld und Kraft bedeutet.

Und darum gilt es, alle Maßnahmen zu treffen, Mitgliederverluste soviel als möglich zu vermeiden und auf das zuzufügen unumgänglich Notwendige zu beschränken. Dann wird und muß es mit unsern Gewerkschaften stetig vorwärts gehen — trotz alledem!



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Statistische Erhebungen an Betonbauten.

Aus Anfragen, die in jüngster Zeit an uns gerichtet wurden, entnehmen wir, daß vereinzelt Zweifel darüber bestehen, ob die statistischen Erhebungen an Betonbauten fortgesetzt werden sollen oder nicht. Um diese Zweifel zu beseitigen und weiteren Anfragen zu begegnen, möchten wir an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß die statistischen Erhebungen an Betonbauten unter allen Umständen fortzuführen sind. Bei der wachsenden Anwendung des Betons und der fortschreitenden technischen Entwicklung und Vervollkommnung des Betonbauwesens halten wir diese Erhebungen für unentbehrlich. Sie aufgeben, hieße uns jeden Einblick in die Arbeiterverhältnisse an den Betonbauten zu verippen. Erst unsere Erhebungen haben

hineingeleuchtet in den Betonbau, sie haben vor allem gezeigt, von welcher Bedeutung er für uns Zimmerer ist und daß wir, soweit gelernte Arbeiter in Frage kommen, am Betonbau am stärksten vertreten sind. Das wird in höherem Maße der Fall sein, je mehr sich der Betonbau kompliziert, je formvollendeter er zur Ausführung gelangt. Gerade deshalb ist auch von Wichtigkeit, daß die Erhebungen sich auf die verschiedenen Stadien des Betonbaues erstrecken, weil erst durch eine solche Statistik einwandfrei nachgewiesen wird, in welchem Maße wir Zimmerer am Betonbau interessiert sind und daß wir deshalb mit gutem Recht der Regelung der Löhne an den Betonbauten eine so große Bedeutung beimessen. Man hat uns die Vertretung unserer Interessen an den Betonbauten wahrlich schwer genug gemacht und erschwert sie uns noch fortgesetzt; wir erinnern nur an die Fraktionen, die erst jüngst wieder aus Anlaß der vom Haupttarifamt für das Baugewerbe in der Sitzung im Mai dieses Jahres getroffenen Vereinbarung über die Löhne für Einschalararbeiten an Beton- und Eisenbetonbauten entstanden sind. Um allen Widerwärtigkeiten begegnen zu können, ist die schärfste Beobachtung der Arbeiterverhältnisse an den Betonbauten dringend notwendig; sie ist in wirksamer Weise aber nur möglich durch statistische Feststellungen, die in den verschiedenen Stadien der Betonbauten für jeden einzelnen Betonbau besonders getroffen werden, wie das bisher bereits zu geschehen pflegte. Sobald ein Betonbau fertiggestellt ist, muß das Ergebnis der Feststellungen an den Gauleiter eingesandt werden. Wir erwarten, daß nicht allein die Zahlstellenvorstände, sondern auch die Verbandsmitglieder mit Eifer die gewissenhafte Aufnahme dieser Statistik verfolgen. Material ist durch die Gauleiter zu beziehen.

„Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung“.

Die vierte Auflage der „Praktischen Winke für die deutsche Zimmererbewegung“ von 1912 ist vollständig vergriffen. Eine Neuauflage dieses Buches vor der nächsten Generalversammlung empfiehlt sich nicht. Wir richten an alle Zahlstellen das Ersuchen, etwa vorhandene Exemplare, für die die Zahlstelle keine Verwendung hat, an den Zentralvorstand einzusenden.

Arbeitsgelegenheit.

In Osn im Rheinland können noch zirka 30 Verbandsmitglieder Arbeit erhalten. Der Stundenlohn beträgt 64 ¢, die Arbeitszeit zehn Stunden. Kameraden, die dort Arbeit nehmen wollen, erhalten Auskunft in Zahlstellenbureau, Grabenstraße 67, Zimmer 4, in der Zeit von morgens 9½ bis 10½ und abends von 7 bis 9 Uhr.

Der Zentralvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Agitationsberichte.

Die mir zugewiesene Agitationsstour, die ich in der Zeit vom 13. bis 28. April ausführte, umfaßte die Zahlstellen Freiburg, Glogau, Goldberg, Grünberg, Hirschberg mit Hermsdorf und Schmieberg, Lauban, Reiffe, Neurode, Neusalz, Reichenbach, Strehlen, Striegau und Waldenburg in Schlesien, sowie Spremberg in Brandenburg. Zweck der Versammlungen war Einleitung und Belebung der Frühjahrstagitation. Die Tagesordnung war die gleiche wie in allen andern Versammlungen: „Die soziale Lage der Zimmerer und wie ist sie zu verbessern.“ Der Versammlungsbefuch war, wenn man die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt und von einigen Ausnahmen absieht, leidlich gut. Die Zahlstellengebiete sind sehr weit ausgebehnt. Arbeits- und Wohnorte der Mitglieder liegen weit voneinander entfernt. Die Versammlungen waren durchweg gleich nach Feierabend angefaßt. Viele Kameraden müssen oft stundenlang gehen oder gar mit der Eisenbahn fahren, um den Versammlungsort zu erreichen. Auch war die Bautätigkeit noch nicht in vollem Umfange aufgenommen und ein Teil der Kameraden außerhalb des Zahlstellengebietes beschäftigt. Alle diese Momente beeinflussen den Versammlungsbefuch und die Verbandsstätigkeit ganz wesentlich. Trotz dieser Widerwärtigkeiten nahmen von den 1091 Mitgliedern der Zahlstellen 502 oder rund 46 pZt. an den Versammlungen teil. Der Vortrag wurde in allen Versammlungen aufmerksam entgegengenommen. Er wurde in der Diskussion durch Schilderung der örtlichen Verhältnisse noch ergänzt. Gegenteilige Meinungen wurden nirgends geäußert. Besonders wurde die dringende Notwendigkeit einer erheblichen Aufbesserung der Stundenlöhne betont. Die Lebenslage unserer schlesischen Kameraden ist eine wenig beneidenswerte. Zwar sind die Stundenlöhne und damit die Jahreseinkommen mit Hilfe unseres Verbandes ganz erheblich gestiegen und ist die Arbeitszeit verkürzt worden. Die jetzigen Stundenlöhne dieser Zahlstellen (41 bis 49 ¢) stehen aber trotzdem noch ziemlich weit unter dem DurchschnittsStundenlohn im Gesamtverbande. Trotzdem gibt es noch einzelne Unternehmer, die sich weigern, diese niedrigen verträglichsten Löhne zu zahlen. Eine rühmliche Ausnahme macht hierin Reiffe, wo die Unternehmer schon in diesem Jahre den für 1915 fälligen einen Pfennig mitbezahlen. Das Jahreseinkommen aus dem Arbeitsverdienst eines voll beschäftigten Zimmermanns reicht bei weitem nicht aus, einer mittleren Familie ein annähernd menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Die Familien sind auf Nebenverdienst von Frau und Kindern angewiesen. Anerkannt wurde allgemein, daß diese unwürdigen Zustände nur durch festen Zusammenschluß und

einmütiges planmäßiges Handeln aller im Zimmerer-beruf tätigen Kameraden in unserm Verbandsgebiet werden können. Das Arbeitsfeld ist auch hier noch reichlich groß. Die Organisation stellt an die Verbandsfunktionäre gerade in diesen weitverzweigten Zahlstellen hohe Anforderungen. Ihnen allein auch noch die Agitation zuzumuten, geht nicht an. Hier muß eine Arbeitsteilung eintreten. Alle für die Kleinarbeit befähigten Kameraden müssen sich zur Verfügung stellen. Eine solche planmäßige Werbetätigkeit verbürgt auch den sicheren Erfolg. Wir müssen unserer Organisation die Kraft und die Macht verschaffen, die sie zur Ueberwindung der uns entgegenstehenden Hindernisse braucht, damit der Weg zur weiteren Verbesserung unserer Lebenshaltung frei wird.

K. Schumann.

Im Auftrage des Zentralvorstandes habe ich vom 9. bis 26. Mai in verschiedenen Zahlstellen Versammlungen abgehalten, und zwar in Aschaffenburg, Bensheim, Darmstadt, Einbeck, Frankfurt a. M., Frieda, Hann.-Münden, Hanau, Höchst, Marburg, Northeim, Reichenbach, Wehlar, Wiesbaden und Worms. Weil die Kameraden zum allergrößten Teil nicht in den betreffenden Zahlstellen, sondern auf dem Lande wohnen, begannen die Versammlungen meistens schon um 4 Uhr oder sonst gleich nach Arbeitschluss, und waren infolgedessen gut, teilweise sogar sehr gut besucht. Daß die Kameraden zum größten Teil zu neun Zehntel außerhalb der Städte wohnen, hat seine Ursache in den teuren Lebensmittelpreisen und den hohen Wohnungsmieten, die sie bei ihren jetzigen Löhnen nicht erschwingen können. In Darmstadt, Frankfurt und Wiesbaden sind die Lebensmittel beispielsweise so teuer wie in Hamburg und die Wohnungsmieten fast doppelt so hoch. Während in Hamburg aber ein Stundenlohn von 90 S bezahlt wird, der für die Bedürfnisse noch nicht einmal ausreicht, werden in den drei genannten Städten nur Löhne von 55 S, 67 S beziehungsweise 60 S gezahlt. Um nun ihren Verdienst etwas aufzubessern, tragen die Kameraden, namentlich die sogenannten Sachengänger, nach Ueberstunden. Daß sie dadurch unsere Interessen schädigen, wissen sie, aber die traurigen Verhältnisse drängen sie dazu. Die Kameraden, die in der näheren Umgebung der Zahlstellen wohnen, bessern ihre Verhältnisse dadurch etwas auf, daß sie neben ihrer schweren Berufsarbeit noch umfangreiche Landarbeit verrichten. Diese unglücklichen Zustände kommen lediglich den Unternehmern zugute.

Aus dem Verlauf der Versammlungen zu schließen, sind die Kameraden ernstlich gewillt, diesen Verhältnissen mit der ihnen zur Verfügung stehenden Kraft entgegen zu arbeiten. Alle erkannten den Ernst der Sache und zeigten in den Versammlungen ein lebhaftes Interesse. Eine Ausnahme machte nur Worms, dort hat der Vorstand noch eine tüchtige Erziehungsarbeit an den Kameraden zu leisten.

In bezug auf die Agitation ist in der Gegend noch sehr viel zu tun. Es könnte nicht schaden, wenn diese etwas mehr einheitlich betrieben würde. Denn in einem Komplex von drei Großstädten, Darmstadt, Mainz und Wiesbaden müßte sich ein Weg finden, um die Sache etwas mehr zu fördern. Es würden sich dadurch auch verschiedene Uebelstände beseitigen lassen. Zur Besserung der ganzen Verhältnisse müssen die Kameraden vor allen Dingen selbst mit eingreifen. Es muß nur erst der Wille da sein. Zur Beherzigung und zum weiteren Ansporn möchte ich noch auf einen Ausspruch eines Industriellen hinweisen, der lautet: „Ich sage Ihnen aus meiner langen Erfahrung, daß Sie sich selbst helfen müssen. Wer sich nicht beschwert und sich nicht rührt, der kommt überhaupt nicht vorwärts. Wer sich alles aufpassen läßt, dem wird auch alles aufgepaßt. Wir werden vorwärts kommen, wenn wir auf unser Recht pochen und eine Macht werden.“

Otto Friedrich.

Gau 10 (Schleswig-Holstein-Oldenburg).

Von Mitte April bis Mitte Mai waren im Gau 10 98 Versammlungen vorgesehen mit der Tagesordnung: „Die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer und deren Verbesserung“. Abgehalten wurden 86 Versammlungen. Sie waren besucht von 2144 Mitgliedern; das sind bei 7965 Mitgliedern in den in Betracht kommenden Orten 26 pZt. Die Orte Sadersleben, Horneburg, Timmendorferstrand und Stade fanden es trotz zweimaliger Aufforderung nicht für notwendig, zu antworten. Pinneberg und Brunsbüttel verzichteten auf eine Versammlung. Ausgefallen wegen schlechten Besuchs sind die Versammlungen in Gronsförde, Meldorf, Oldesloe und Trittau. Die Versammlung in Garsfeld fand nicht statt infolge des dortigen Streiks und in Wankendorf wird sie später stattfinden.

Als Referenten waren beteiligt die Kameraden Witt aus Berlin, Steffen und Zimmermann aus Bremen, Onnen aus Rürstingen, Marten und Krüger aus Kiel, Olfers aus Cuxhaven, Brißwein aus Bremerhaven, Meher, Margraf, Lehmann, Markhardt, Sötte, Stoike und Holtz aus Hamburg, Kleinfeld aus Lübeck und Enke aus Londern. In allen Großstädten, mit Ausnahme von Bremen, war der Besuch schlecht. In den kleinen Orten war im Verhältnis zum Mitgliederbestand der Besuch bedeutend besser. In vielen kleinen Orten waren außer den Kranken und den außerhalb des Gebiets Beschäftigten alle Kameraden zur Versammlung erschienen.

Man mag diesen Zustand beschönigen oder für das Nichterscheinen so vieler Kameraden Gründe suchen, an sich bleibt dieser Zustand aber in jeder Beziehung verbesserungsbedürftig. Ueber die Referate wurde wenig diskutiert, woraus zu schließen ist, daß alle Versammlungsbesucher von dem Gedanken beiseit sind, daß sich bessere Daseinsbedingungen nur durch die Organisation und ihren weiteren Ausbau erreichen lassen. Trotzdem die eigentliche Tagesordnung nicht für eine Diskussion über den Tarifvertrag eingerichtet war, ist bei der Diskussion immer der Unwille über den jetzigen Tarifvertrag zutage getreten. Hoffen wir, durch diese Veranstaltungen der Organisation einen Dienst erwiesen zu haben.

Hoff.

Im Auftrage des Gauvorstandes referierte der Unterzeichnete vom 9. bis 13. Mai in Brinkum, Burgdam,

Oldenburg und Rotenburg über: „Die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer und wie ist sie zu verbessern.“ In Brinkum waren 14 Mann erschienen, in Burgdam 21, in Oldenburg 73 und in Rotenburg 17. Legt man die Mitgliederzahl am Schlusse des ersten Quartals 1914 zugrunde, so ergibt sich, daß 50 pZt. der Mitglieder der genannten Orte die Versammlungen besuchten. Dieses Ergebnis befriedigt keineswegs, derartige Versammlungen sollten zum mindesten von 95 bis 97 pZt. der Mitglieder besucht werden. Das Referat wurde überall beifällig aufgenommen, die Diskussion war im Verhältnis sehr schwach. Dies muß als ein großer Fehler bezeichnet werden. Unsere Kameraden dürfen nicht mit ihrer Meinung hinter dem Berge halten. Für den Referenten ist es immer besser, wenn er die Meinung und Stimmung der Kameraden kennen lernt. Sollte er auch im allgemeinen im Sinne der Kameraden gesprochen haben, so gibt es doch immer Anhaltspunkte, woran man eine Diskussion anknüpfen kann, die unter Umständen eine Versammlung interessant gestaltet. Wo eine Diskussion stattfand, kam überall der Unwille über die zentrale Tarifbewegung zum Ausdruck. Ganz besonders ruft die Affordarbeit, die den Kameraden aufgezwungen werden soll, eine berechtigte Empörung hervor. Mit welchen Mitteln man versucht, den Beweis zu erbringen, daß für einen Ort die Affordarbeit üblich ist, zeigt ein Beispiel von Oldenburg. Hier haben vor einigen Jahren ein paar Zimmerer Parquetfußboden in Afford verlegt. Die Arbeitgeber benutzen dies und das Tarifamt in Bremen fällt einen Spruch, daß für Oldenburg ein Affordtarif zu vereinbaren ist. Öffentlich fällt das Haupttarifamt einen andern Spruch, damit der Unfug nicht noch größer wird. Wenn unsere Kameraden mit derartigen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, dann ist der Ruf: „Fort mit der zentralen Tarifbewegung!“ nur zu berechtigt. Befolgen die Kameraden das von dem Referenten Gesagte, so wird auch hier eine Wandlung eintreten. Die Zimmerer Deutschlands können gar nicht oft genug aufgefordert werden, sich eine Organisation zu schaffen, die in der Lage ist, gegen derartige Auswüchse, wie sie in letzter Zeit zutage treten, ganz energisch Front zu machen. Im allgemeinen ist das Resultat der Versammlungen befriedigend. Mögen nun alle Kameraden die richtige Schlussfolgerung ziehen.

H. Dünen, Rürstingen.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreikt wird in **Bad Wildungen, Groß-Gerau b. Mainz, Gudensberg (Bezirk Cassel), Ludwigshafen, Nauen, Weiskasser, Zerbst.**

Gesperrt ist der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes in **Braunschweig, Bremen, Dortmund, Oldenburg und Begeck, in Bahn i. Pomm., das Geschäft von Bagel, in Bamberg die Firma del Bondie & Halter, in Cuxhaven die Firma Union-Dortmund, Flugplatz, in Gelsenkirchen die Firma Schmuck, Kanalbau, Schenke 4, in Hagen i. Westfalen das Geschäft von Drewes, in Hirschberg i. Schl. das Geschäft von Lange, in Jhehoe die Alfensche Portlandzementfabrik, in Dels i. Schl. das Geschäft von Spaniel, in Schandau i. S. die Firma Holzmann & Co., in Sellstedt b. Geestmünde das Geschäft von Bohde, in Sorau die Geschäfte von Karl Bantsch und C. A. Friedrich, in Syke (Bezirk Bremen) das Geschäft von C. Rienstedt.**

Zuzug ist fernzuhalten von **Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.**

Oesterreich.

Gesperrt ist: **Lignitz, Lundenburg, Pilsen und St. Pölten.**

Holland.

Gesperrt ist: **Almelo und Zaandam.**

Differenzen in Syke (Zahlstelle Bremen). Die Platzsperrre bei Rienstedt wird von unserm Verbandskameraden streng durchgeführt. Die Streikenden wurden alle am ersten Tage in Arbeit gebracht. In den sonstigen Jahren wurden nach Syke durch den Arbeitsnachweis unserer Zahlstelle Bremen viele Zimmerer vermittelt, aber in diesem Jahre will kein Kamerad nach Syke, auch nicht zu den nichtgesperrten Unternehmern. Die Zimmerer betrachten ganz Syke als gesperrt. Rienstedt sucht in allen Kreis- und Amtsblättern 20 Zimmerer; er hat aber damit nicht gerechnet, daß auch bei den Landweilern ebenfalls Verbandsmitglieder arbeiten und diese dafür sorgen, daß kein Zimmerer zu ihm kommt. Sein Platz ist nach wie vor für Zimmerer gesperrt.

Differenzen in Bremen. Bei den Wasserarbeiten des bremischen Staates weigerte sich der Bauführer, den tariflichen Zuschlag von 7 S zu zahlen, es mußte deshalb die Arbeit eingestellt werden. Die vier dabei beschäftigten Kameraden sind nach drei bis vier Tagen anderswo untergebracht worden. In Arbeit geblieben ist der unorganisierte Zimmerer S. Grabenkamp und ein Arbeiter. Grabenkamp war schon einmal beim Staat angestellt, aus triftigen Gründen aber wieder entlassen worden. Die Wasserarbeiten des bremischen Staates sind gesperrt, auch dann, wenn irgendein Zimmermeister sie übernehmen sollte. Kein Zimmerer darf Streikarbeit ausführen. Auch die Zahlung der rückständigen Löhne wird verlangt.

Zum Konflikt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, über dessen Ursachen und bisherigen Verlauf wir im „Zimmerer“ eingehend berichtet haben, ist zu bemerken, daß nunmehr der Westdeutsche Arbeitgeberbund seiner Oblastionspolitik einen neuen Anstrich gibt. Zum Donnerstag, 4. Juni, hatte der Vorsitzende des Essener Tarifamtes, Beigeordneter Dr. Erbe, eine Sitzung des Tarifamtes einberufen, um die noch vorliegenden Streitfälle zu erledigen.

Dieselben Herren, die sonst nicht laut genug über Tarifbruch durch Arbeiterorganisationen schreien können, gemütern sich nicht, an den Vorsitzenden des Tarifamtes folgendes Schreiben zu richten:

Essen, den 30. Mai 1914.

Herrn Beigeordneten Dr. Erbe

Essen.

Wir erhielten die Einladung zu der für den 4. Juni im Rathaus anberaumten Sitzung. Wir verweisen auf unser letztes an das Tarifamt für das Baugewerbe gerichtete Schreiben, in dem wir es ablehnen müssen, bis auf weiteres mit dem Tarifamt zusammenzuarbeiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Westdeutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe E. V.
Der Vorstand: Die Geschäftsleitung:
gez.: H. Walter, gez.: Süßmuth,
" F. Diehl,
" Heuser.

Damit hat nun der Westdeutsche Arbeitgeberbund die Tarifinstanzen außer Kurs gesetzt, und wenn in irgendeinem Ort Differenzen entstehen, müssen diese durch die Macht der Organisation beseitigt werden. Der alte gewerkschaftliche Grundsatz, daß nur dort Tarifbestimmungen durch die Arbeitgeber respektiert werden, wo kraftvolle Arbeiterorganisation dahinterstehen, wird dann zur vollen Geltung kommen.

Die Absicht der leitenden Personen des Westdeutschen Arbeitgeberbundes geht aber dahin, gleich vollständig reine Bahn zu bekommen und nun nicht bloß den bisherigen Vorsitzenden des Tarifamtes, der bisher seine Entscheidungen immer nach bestem Wissen und Gewissen fällte, über die Arnie zu zwingen, damit er die Geschäfte des Arbeitgeberbundes rückhaltlos besorgt, sondern die augenblicklichen Arbeitervertreter, die Gauleiter der einzelnen Organisationen sollen ebenfalls als Tarifamtsvertreter beseitigt werden. Den ersten Vorstoß machten die Arbeitgeber bereits in der am 5. Januar d. J. stattgefundenen Sitzung des Tarifamtes. Zur besseren Orientierung lassen wir hier den Auszug aus dem Protokoll folgen:

Auszug aus der Niederschrift der Tarifamtsitzung für das Baugewerbe am 5. Januar 1914.

In der heutigen Sitzung wurde folgendes verhandelt: Bevor in die Tagesordnung eingetreten, fragt Vorsitzender an, ob nach Abschluß des neuen Tarifvertrages das bisherige Einigungsamt in seiner bisherigen Besetzung weiter anerkannt würde und ob auch die Herren Unparteiischen, wie bisher, zu den Verhandlungen zugezogen werden sollen.

Seitens der Arbeitnehmervertreter wird erklärt, mit der bisherigen Besetzung des Tarifamtes einverstanden zu sein.

Herr Walter ist mit der bisherigen Besetzung ebenfalls einverstanden, hat aber Bedenken, daß die augenblicklichen Vertreter der Arbeitnehmer vertraglich nicht berechtigt sind, als Mitglieder des Tarifamtes zu fungieren, da sie in Wirklichkeit Angestellte der Arbeiterorganisationen und nicht Arbeitnehmer seien.

Von den Vertretern der Arbeitnehmer wird ausgeführt, daß sie den Standpunkt des Herrn Walter, nachdem das bisherige Einigungsamt schon jahrelang in der jetzigen Besetzung miteinander gearbeitet hat, nicht verstanden. Falls jedoch Herr Walter auf seinem Standpunkt beharre, würde seitens der Arbeitnehmer auf die Verhandlung der heutigen Tagesordnung verzichtet werden.

Herr Janßen bemerkt noch, daß das Zentralschiedsgericht schon früher entschieden, daß Vertreter der Arbeitnehmer berechtigt sind, an den Tarifverhandlungen teilzunehmen.

Seitens des Vorsitzenden und der Herren Unparteiischen wird ausgeführt, daß in der jetzigen Besetzung der Arbeitnehmervertreter keine Bedenken bestehen und daß es im Interesse des Friedens richtiger erseheine, wenn Herr Walter seinen Standpunkt aufgäbe.

Herr Walter glaubt, seine Bedenken nicht fallen lassen zu dürfen und gibt folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter des Westdeutschen Arbeitgeberbundes halten ihre Bedenken bezüglich der heutigen Zusammensetzung des Tarifamtes aufrecht. Um indessen den Geschäftsgang des Tarifamtes nicht aufzuhalten, sind sie bereit, heute in die Verhandlung der Tagesordnung einzutreten. Sie behalten sich vor, zur Klärung der Angelegenheit beim Haupttarifamt vorstellig zu werden.“

Die Arbeitgeber wollen also als Arbeitervertreter im Tarifamt — Männer der schwierigen Faust haben. Mittlerweile sind diese dunklen Pläne weiter vervollständigt worden, aber auch in diesem Fall werden sich unsere Kameraden keinerlei Vorschriften machen lassen, welchen Vertreter sie am Tarifamt bestellen.

Die neueste Nummer der „Westdeutschen Bauzeitung“ kündigt wieder in großen roten Lettern an, daß in Dortmund am Dienstag, 9. Juni, eine außerordentliche Versammlung der Arbeitgeber stattfindet, worin die nach der Ansicht der „Westdeutschen“ notwendigen Beschlüsse gefaßt werden sollen. Mögen diese Beschlüsse ausfallen wie sie wollen, unsere Kameraden im Industriegebiet werden ihren Mann stehen. Eins zeigt uns aber dieser Vorfall mit großer Deutlichkeit, daß in allen Orten und Gebieten, auf jeden einzelnen Arbeitsplatz und von jedem einzelnen Mitglied mit der größten Anstrengung an den weiteren Ausbau unseres Verbandes gearbeitet und für Gewinnung neuer Mitglieder agitiert werden muß.

Schwierigkeiten beim Abschluß der Tarifverträge in Schleswig-Holstein. Aus den in Nr. 23 des „Zimmerer“ veröffentlichten Tabellen über die Entwicklung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ergibt sich ein nicht unerheblicher Rückgang seiner Mitgliederzahl. 1747 Mitglieder zählte er Ende März 1914 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Noch größer tritt der Rückgang in Erscheinung bei einem Vergleich mit dem Mitgliederbestand von Ende März 1911. Danach beträgt er 5668. Ueber die Ursachen dieses Rückganges hat der Bund aus guten Gründen bisher strengstes Stillschweigen beobachtet. Man kann darüber nur Vermutungen haben. Unter

den Bezirksverbänden nun, deren Mitgliederzahl ständig abgenommen hat, finden wir auch den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Schleswig-Holstein. Seitdem Herr Frauen-Kiel die Führung des Verbandes hat abtreten müssen, geht es ständig rückwärts. Nach den Angaben des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zählte der Arbeitgeberverband Schleswig-Holstein Ende März 1911 1629 Mitglieder. Ein Jahr später, Ende März 1912, marschiert er nur noch mit 965 Mitgliedern auf. Er bringt es aber bis Ende März 1913 wieder auf 1160. Dann geht es rapid bergab und Ende März 1914 finden wir ihn nur noch mit 591 Mitgliedern verzeichnet. Er hat sonach in dem letzten Jahre nahezu die Hälfte seiner Mitglieder verloren. Es wäre von Interesse, zu erfahren, woher es kommt, daß der ehemals so forsch aufstrebende Verband eine derartige Entwicklung durchgemacht hat; denn ein so auffälliges Schwinden der Mitglieder muß schon tiefere Ursachen haben.

Gleich ungünstig steht es in dem Bereich dieses Arbeitgeberverbandes mit dem Abschluß von Tarifverträgen beziehungsweise mit der Erledigung von Differenzen. Das Verhalten seines Vorstandes ist nicht im Geringsten geeignet, erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Seit Wochen lehnt er jegliche Verhandlungen ab, weil es vor einiger Zeit gelegentlich von Verhandlungen in Wilster zwischen dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Herrn Ritter-Kiel, und dem Gauleiter Kober des Bauarbeiterverbandes zu einem scharfen Zusammenstoß gekommen ist. Die Sache hat schon das Haupttarifamt beschäftigt und ist von ihm an die beteiligten Zentralorganisationen zur Erledigung verwiesen worden. Am 20. Mai haben in Hamburg Einigungsverhandlungen stattgefunden. Hier wurde festgestellt, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein schon vor längerer Zeit, und zwar vor dem Konflikt in Wilster, erwogen habe, ob Kober fortan noch zu Verhandlungen zugelassen werden solle oder nicht. Gründe für eine solche Maßregel konnten nicht angegeben werden. Sie können auch kaum bei Kober zu finden sein; denn diesem mußte im Laufe der Verhandlungen selbst der Vorstandsvertreter des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Herr Holtz aus Hamburg, das Zeugnis eines ruhigen Mannes ausstellen, an dem er schärfste Handlungen nie beobachtet habe. Während der Gauleiter Kober zur Zurücknahme der beleidigenden Äußerungen bereit war, lehnte Herr Ritter es ab, seine Beleidigungen gegen Kober zurückzunehmen. Die Vertreter des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der Zentralverbände formulierten sodann nachstehende Erklärung:

„Die Vertreter der Zentralverbände haben aus dem Gange der Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen, daß beide Parteien die in Wilster aufgeworfenen Streitfragen nicht korrekt verhandelt und auch nicht Punkt für Punkt erledigt haben. Daraus entstanden mißverständliche Antworten, die die eine Partei auf diese, die andere auf jene Frage bezog, was bei beiden Parteien die Auffassung hervorrief, die Mißverständnisse beruhten auf Böswilligkeit der Gegenpartei. Nur so ist der so überaus bedauerliche Zusammenstoß zu erklären. Es wird angenommen, daß keine der Parteien und keiner ihrer Vertreter die Absicht gehabt haben, sich gegenseitig unehrliche Motive zu unterstellen, sondern daß lediglich die unkorrekte Behandlung der sachlichen Differenzen die Ursache des Streites war. Nach dieser Feststellung erklären sich beide Parteien bereit, die in der Verhandlung gefallenen Beleidigungen zurückzunehmen. Herr Ritter anerkennt, daß er den Ausdruck, Herr Kober habe eine Lüge ausgesprochen, nicht aufrecht erhalten könne, da er die Möglichkeit der vorstehenden Darstellung der Differenzen anerkennt. Herr Kober nimmt demgegenüber den völlig unqualifizierbaren Ausdruck, Herr Ritter sei ein Lump, mit Bedauern zurück.“

Herr Ritter hat diese Erklärung abgelehnt und damit die Einigung unmöglich gemacht. Er lehnte es auch ab, wegen der Verständigung über einen unparteiischen Vorsitzenden für die zweite Instanz zur Regelung der strittigen Tariffragen gemeinsam mit Kober zu verhandeln. — Danach ist vorerst nicht damit zu rechnen, daß es in Schleswig-Holstein mit der Erledigung der bestehenden Differenzen beziehungsweise mit dem Abschluß der Tarifverträge schneller vorangehen wird. Wenn die Schuld daran beizumessen ist, geht aus dem hier Geschilderten klar hervor. Bei einem solchen Verhalten ist es allerdings kein Wunder, wenn unter der Leitung von Herrn Ritter und seinem Sekretär, Herrn Corniehl, nichts gelingen will. Fraglich ist nur, ob ihr Verhalten der Ausfluß des Mitgliederchwundes ihres Verbandes ist, oder ob umgekehrt ihr Verhalten den Mitgliederchwund verschuldet.

Berichte aus den Zahlstellen.

Burgstädt. Am 24. Mai tagte im Restaurant „Zur Flotte“ unsere Mitgliederversammlung. Der anwesende Vorsitzende des Bildungsausschusses rügte die in letzter Versammlung der Zimmerer von dem Kameraden Vettermann gemachten Äußerungen über das Verhalten der Textilarbeiter im Falle einer Wahl unseres Kameraden W. in den Bildungsausschuß, und bezeugte diese Äußerungen als eine Unwahrheit. Da W. Namen nicht nennen konnte, richtete sich sein Verhalten selbst. Da in unserem Bezirk noch 23 Kameraden unorganisiert sind, sollen zwei Kameraden, Orlamünde und Löbel, in nächster Zeit noch einmal auf Agitation gehen. Was das Eintrittsgeld anlangt, so soll bei keinem Kameraden eine Ausnahme gemacht werden. Die Versammlung beschloß noch einen Ausflug per Kreisler nach Waldenburg am 14. Juni. Durch die Unterkassierer werden Listen herumgegeben. Mögen sich die Kameraden recht rege daran beteiligen. Fahrgeld ist bei den Unterkassierern zu hinterlegen. Auch die Einzeldruckung in die Listen verpflichtet zur Zahlung des Fahrgeldes.

Cuxhaven. Am 4. Juni fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Kartelldelegierte gab den Kartellbericht. Der Kassenbericht vom ersten Quartal verzeichnet eine Einnahme von M 844,01, eine Ausgabe von M 288,15, einen Kassenbestand von M 555,86. Am 26. Juli findet ein Ausflug per Dampfer nach Burg in Dithmarschen statt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die Neuwahl eines Kassierers vollzogen. Nach-

dem unter „Verschiedenes“ noch einige interne Verbandsangelegenheiten besprochen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg und Umgegend. Eine Zahlstellenversammlung am 4. Juni im Gewerkschaftshaus setzte die Beratung der in der letzten Versammlung vertragen Angelegenheit Haasepart fort. Schulze ging nochmals auf die Vorkommnisse ein und beantragte den Ausschluß von vier Kameraden. Schüler entgegnete, er sei keines Verstoßes bewußt, sondern habe nur nach dem Statut gehandelt. Der Vorsitzende beurteilte ebenfalls das Verhalten der Kameraden und rügte ihr unsolidarisches Verhalten; er empfahl, es bei dem von Altona gestellten Antrage zu belassen. Der Ausschlußantrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 56 gegen 31 Stimmen abgelehnt, der Altonaer Antrag mit großer Majorität angenommen. Er lautet: „Die am 2. Mai bei der Arbeitseinstellung von Haase, Stellingen, in Betracht kommenden Kameraden, welche die Arbeit früher aufgenommen haben, ehe der gemeinsam gefaßte Beschluß bezüglich Wiederaufnahme der Arbeit gefaßt wurde, sind zu veröffentlichen.“ Die Namen der betreffenden Zimmerer sind: Romack, Dieckmann, Remstedt, Schüler, Wöhling, Kleintäuber, Moll, Schnoor, Peters, Lüthe, Schröder, Hohl, Borchers und Schulz. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Beratung und Beschlußfassung über die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung für ausgesteuerte Mitglieder, sprach der Zahlstellenkassierer Kamerad Stoike, der die Vorlage recht eingehend begründete. Er behandelte das Problem der Arbeitslosenunterstützung im allgemeinen und wandte sich dann dieser Unterstützungseinrichtung innerhalb unserer Organisation zu. Da die zentrale Unterstützung bei der großen und lange andauernden Arbeitslosigkeit nicht genüge, habe die Zahlstelle aus lokalen Mitteln für diejenigen Kameraden, die länger als zehn Wochen arbeitslos waren, Unterstützung gezahlt. Im letzten Winterhalbjahr seien hierfür über M 18 000 ausgegeben worden. Die bisherige Praxis sei indes unhaltbar geworden, weshalb der Vorstand beauftragt wurde, eine diesbezügliche Vorlage auszuarbeiten. Der vorliegende Entwurf gewähre für einen Beitrag von 10 S pro Woche eine vierwöchige Unterstützung von M 1,50 pro Tag. Die Unterstützung könne nur erhalten, wer nach dem Statut ausgesteuert sei, sie werde in der Zeit von November bis März bezahlt. Die Vorlage selbst solle mit einer kurzen Begründung den Mitgliedern vor der Abstimmung gestellt werden. Redner ersuchte, sämtliche hierzu von den Bezirken gestellten Anträge abzulehnen, da sonst die Durchführung der Vorlage in Frage gestellt werde. In der Diskussion wurden zunächst die von den Bezirken gestellten Anträge von den einzelnen Vertretern begründet; zum Teil wurde eine Erweiterung, zum Teil eine Verschärfung der Vorlage gewünscht. Die weitere Diskussion war eine recht ausgedehnte. Kamerad Schönfelder warnte vor übereilten Beschlüssen, die sehr leicht zum Verhängnis für die Zahlstelle werden könnten. Als Beweis führte Redner mehrere Zahlstellen an, die bei einer solchen Einrichtung ihr Vermögen geopfert haben. Zunächst sei wichtig, was man zahlen wolle; das sei auch bestimmend für die Grenzen der Leistungen. Ohne Härten sei eine solche Vorlage unmöglich. Sollte die Unterstützung das ganze Jahr hindurch gezahlt werden, dann reiche der Beitrag bei weitem nicht aus. Zeige die Erfahrung, daß die Vorlage verbessert werden könne, dann sei das nicht schwer; schwerer sei, später Verschlechterungen durchzuführen. Warhardt bemerkte noch, daß es notwendig sei, festzulegen, daß weitere Unterstützungen, wie sie sonst üblich waren, aus der Zahlstellenkasse nicht mehr genommen werden dürften. In der Diskussion beteiligten sich noch Janitz, Krause, Tödt, Behnen und Deising. Ein Schlußantrag beendete die Debatte. In seinem Schlußwort widerlegte der Referent die gegen die Vorlage erhobenen Einwendungen; er ersuchte, alle dazu gestellten Anträge abzulehnen und die Vorlage anzunehmen. Der Einführung einer Ausgesteuertenunterstützung wurde im Prinzip mit 52 gegen 19 Stimmen zugestimmt. Alle weiteren Anträge wurden abgelehnt. Ohne Widerspruch wurde festgelegt, daß die Abstimmung über die Vorlage am Sonntag, 21. Juni, stattfinden soll. Hierauf erreichte die Versammlung ihr Ende. Von 121 Funktionären waren 88 anwesend. Unentschuldig fehlten: Siebe, Ostermann, Wolf, Leich, Wagner, Möller, Drübner, Rinderwaser, Kunze, Stamm, Ede, Hirsch, Kehler, Müller, Semmelhack, Vloß, Krumm, Weiland, Eddelbüttel, Damke, Siebers, Kraßmann, Seifert und Michaels.

Hannover. Unsere Vierteljahres-Generalversammlung tagte am 27. April im Gewerkschaftshaus. Sie ehrte eingangs das Andenken der verstorbenen Kameraden G. Wiese und A. Rathjens. Die Abrechnung über das erste Vierteljahr ergab für die Zentralkasse in Einnahme und Ausgabe M 8071,60. Die Lokalkasse hatte einschließlich des Bestandes M 10 169,78 Einnahme und M 4592,90 Ausgabe, ihr Bestand betrug am Quartalschlusse M 5577,48. Die Abrechnung lag vielfach vor, sie wurde anerkannt und der Geschäftsführer entlastet. Der Vorsitzende begründete sodann einen Antrag auf Aufhebung des Beschlusses, betreffend Wiederaufnahme, jedoch wurde der Antrag nach lebhafter Debatte abgelehnt. Einem Antrage auf Aufnahme einer Statistik im Zimmergewerbe stimmte die Versammlung zu, als Aufnahmetag wurde der 1. Mai bestimmt. Zur Kaiserfeier beschloß die Versammlung, von der Arbeitsruhe abzusehen und an den Abendveranstaltungen teilzunehmen. Nach einer Mitteilung des Geschäftsführers beabsichtigt die Baugewerksinnung den Fonds für Reiseunterstützung aufzulösen, M 2000 sollen an bedürftige Gesellen verteilt werden. Alle, krank oder längere Zeit arbeitslose Kameraden möchten sich im Bureau melden. Mit der Haltung des Vorstandes in der Affordfrage erklärte sich die Versammlung einverstanden; einen Affordtarif zu vereinbaren, lehnte sie ab. Hierauf gelangte der Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses zur Besprechung. Die Gründe hierfür legte der Vorsitzende dar. Die Kostendeckung erfordere einen Beitrag von M 5 pro Mitglied. Es käme auf uns Zimmerer ein Beitrag von M 3250. Zur Aufbringung dieses Betrages beantragte der Vorstand, ab 1. Juni die Erhebung eines Extrabeitrages von 30 S pro Monat. Der Antrag wurde mit 90 gegen 20 Stimmen angenommen.

— Am 17. Mai fand für die hiesige Zahlstelle die Agitationsversammlung statt. Das Referat hielt Kamerad

Witt aus Berlin. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden erhielt Kamerad Witt das Wort. (Auf die Wiedergabe des Referats dürfen wir verzichten, da es in dem Bericht aus Hamburg in Nr. 21 des „Zimmerer“ kurz skizziert ist.) Hiernach verlas der Geschäftsführer das Resultat der Statistik. Es waren 80 Fragebogen ausgegeben, wovon 72 ausgefüllt zurückkamen. Sie umfaßten 61 Geschäfte, nämlich 48 Zimmereigeschäfte, 8 Baugeschäfte und 5 Betongeschäfte. Darin waren insgesamt beschäftigt 562 Personen, und zwar 37 Polierer, 489 Gesellen, 2 Arbeiter und 34 Lehrlinge. Verheiratet waren 394, ledig 178 Beschäftigte. Das Organisationsverhältnis war folgendes: Mitglieder des Zentralverbandes waren 453, des Poliervereins 19, christlich organisiert 20, lokal organisiert 10, nicht organisiert 29 und Lehrlinge 34. Mitglieder im sozialdemokratischen Wahlverein waren 323, Leser der Arbeiterpresse 318 Mitglieder; Leser von bürgerlichen Zeitungen waren 86 Mitglieder. Der Konsumgenossenschaft gehörten 143 und der Baugenossenschaft 33 Mitglieder an. Stundenlöhne erhielten:

2 Mann	58 S	394 Mann	73 S
1 "	59 " "	1 "	74 " "
2 "	60 " "	10 "	75 " "
1 "	61 " "	11 "	77 " "
8 "	63 " "	6 "	78 " "
1 "	64 " "	6 "	80 " "
3 "	65 " "	7 "	83 " "
5 "	66 " "	2 "	84 " "
17 "	67 " "	1 "	86 " "
13 "	68 " "	1 "	88 " "
7 "	70 " "	1 "	95 " "

In Wochenlohn standen 2 Mann mit M 50, 1 Mann mit M 48. Bei 27 Mann war der Lohn unbekannt. Bei den Lehrlingen schwankten die Wochenlöhne zwischen M 6 und M 9, die Stundenlöhne betragen 12, 13, 15 und 17 S. Von 7 Geschäften ist keine Liste zurückgeschickt. Es kommen darin ungefähr 40 bis 50 Zimmerer in Betracht. Von diesen sind mindestens drei Viertel Verbandsmitglieder. Am Tage der Aufnahme waren 13 Kameraden arbeitslos. Nach einer anfeuernden Ansprache des Vorsitzenden schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Pöcknitz. Am 24. Mai fand unsere Mitgliederversammlung statt, in der Kamerad Neumann aus Stettin referierte. Er schilderte in trefflichen Ausführungen die soziale Lage der Zimmerer und zeigte, wie wir unausgesezt an der Erstarkung der Organisation arbeiten müßten, wenn wir eine Bessergestaltung unserer Verhältnisse erzielen wollten. Das Referat fand großen Beifall. Unter „Verschiedenes“ wurde eine Angelegenheit vom Zimmererplatz F. Neumann zur Sprache gebracht, wo die Kameraden an einem Tage 15 Stunden gearbeitet haben. Ein Antrag, wonach die beteiligten Kameraden den Verdienst für die fünf Ueberstunden an die Lokalkasse abzuführen haben, wurde mit großer Majorität angenommen. Ein Aufnahmebesuch konnte nicht erledigt werden, da erst noch nähere Klarstellungen notwendig sind.

Mainz. Am 20. Mai tagte im „Goldenen Pflug“ eine allgemeine Zimmererverversammlung mit der Tagesordnung: „Die soziale Lage der Zimmerer und wie ist diese zu verbessern.“ Als Referent war Kamerad O. Friedrich vom Zentralvorstand vorgelesen. Durch seine Teilnahme an den Verhandlungen in Ludwigshafen war derselbe verhindert und hatte unser Gauleiter, Kamerad Ege, das Referat übernommen. Die Versammlung war als Vierteljahresversammlung einberufen und alle Kameraden waren verpflichtet, um diese Zeit die Arbeit zu beenden. Leider ist ein Teil der Kameraden diesem Beschluß nicht nachgekommen. Der Besuch der Versammlung war im Anbetracht der wichtigen Tagesordnung nicht zufriedenstellend, nur 30 pZt. der im Lohngebiet arbeitenden Kameraden nahmen an der Versammlung teil. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden W. Martin in der üblichen Weise gelehrt. Sein Tod ist auf die ungünstige soziale Lage der Zimmerer zurückzuführen. — Kamerad Ege schilderte nun in ausführlicher Weise die Entwicklung, die Kämpfe und Erfolge des Verbandes, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im allgemeinen und die der Zimmerer im besonderen, an der Hand von einwandfreiem statistischem Material. Er bewies auch, wie in der Zeit der Krise Staat und Kommune vertragen und wie nur die Gewerkschaften es waren und sind, die hier ihre Pflicht erfüllen. Dagegen bringe die Regierung den Anträgen der Scharfmacher auf Verschlechterung des Koalitionsrechts und mehr Streikbrecherschutz weit mehr Verständnis entgegen. Die Entwicklung der Arbeitgeberverbände bewege sich in aufsteigender Linie. Für die Zimmerer sei es darum eine der wichtigsten Pflichten, für die weitere Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen. Nur dann bestehe die Möglichkeit, die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer zu verbessern. In der Diskussion kam volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten zum Ausdruck. Kamerad Kilian vertrat die Auffassung, daß unsere Bewegungen nicht mit der nötigen Schärfe geführt würden. Er gab jedoch zu, daß dieses zum Teil an den beteiligten Kameraden liege und forderte von den Kameraden mehr Solidaritätsgefühl und Energie. Befolgen die Kameraden die gegebenen Anregungen, dann werden weitere Erfolge nicht ausbleiben. Ein Antrag, eine Versammlungskontrolle einzuführen und den unentschuldig Fehlenden durch Kürzung der Lokalunterstützung die Pflicht des Versammlungsbefuches nahelegen, wurde dem Vorstand zur Schaffung einer entsprechenden Vorlage überwiesen. Mit der Aufforderung, nach wie vor tatkräftig die Interessen des Verbandes durch persönliche Anteilnahme zu fördern, weiterhin auch für die Entwicklung der Partei- und Genossenschaftsbewegung tätig zu sein, besonders aber die Ausbreitung der Arbeiterpresse, eines unserer wichtigsten Kampfmittel, zu unterstützen, erfolgte um 7 Uhr Schluß der Versammlung.

— Am 24. Mai fand in G r o ß - G e r a u eine allgemeine Zimmererverversammlung bei M. Bloch statt, zu der auch die Kameraden von Trebur, Königstädten und Mittelborn eingeladen waren. Kamerad Gröbner-Mainz referierte über:

„Die soziale Lage der Zimmerer und die Möglichkeit ihrer Verbesserung“. Die Ausführungen fanden Zustimmung. Seit neun Wochen befinden sich hier die Kameraden im Kampfe um die Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse. Kein Mittel wird von den Unternehmern unversucht gelassen, die Einigkeit der Streikenden zu stören. Das Werben von Streikbrechern wird mit Eifer betrieben, bis jetzt ohne besondere Erfolge. Zwei Junggesellen suchen sich die Unternehmung zu erhalten; leider werden sie hierin durch das unverständige Verhalten der Eltern unterstützt. Ein weiterer Freund der Unternehmer hat sich in dem Zimmerer Krug aus Godelau gefunden. Der Stand der Bewegung ist günstig, nur drei Kameraden sind noch zu unterstützen. Die Kameraden von Groß-Gerau werden zeigen, daß alle Machinationen der Unternehmer zwecklos sind; die bestehende Einigkeit und Solidarität geben dafür Sicherheit.

Am 31. Mai fand in Kreuznach bei Wiegand, Planitzerstraße, eine allgemeine Zimmererverversammlung mit der gleichen Tagesordnung wie in Groß-Gerau statt. Referent war Kamerad Grünher. Außerordentlich schwierig ist es, in Kreuznach eine Versammlung zu arrangieren, da alle Kameraden verstreut in der Umgegend von Kreuznach wohnen. Die Ausführungen des Referenten fanden volle Zustimmung, alle Kameraden sind bereit, an der weiteren Ausbreitung der Organisation mitzuarbeiten. Zurzeit sind hier sehr ungünstige Arbeitsverhältnisse; ist es auch gelungen, einen annehmbaren Lohn zu erreichen, so bleibt doch noch sehr viel zu wünschen übrig. Seit 13 Wochen befinden sich die Bauarbeiter im Streik; dadurch ist die Arbeitslosigkeit für Zimmerer gleichfalls unterbunden. Der Neubau des „Victoria-Stifts“ wird jetzt weitergeführt, der betreffende Unternehmer hat einen Sondervertrag abgeschlossen. Die Betonarbeiten führt die Firma Sohnius-Saarbrücken aus. Diese Firma hat es bisher immer verstanden, schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen, hier wird es besonders notwendig sein, gleich zu Beginn mit der nötigen Energie einzugreifen. Beschlossen wurde, die Versammlungen jeden Monat stattfinden zu lassen. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 5. Juni, im Lokale von M. Schlap, Planitzerstraße, statt. Durch das unschöne Verhalten des Wirtes im alten Lokal sehen sich die Kameraden veranlaßt, dieses zu meiden. Mit einer Mahnung an die Anwesenden, nach wie vor ihre Pflicht dem Verbands gegenüber zu erfüllen, wurde die Versammlung geschlossen.

Mech. In der Nr. 22 der „Baugewerkschaft“ vom 31. Mai 1914 ist folgender Bericht enthalten:

„Einen weiteren Schritt ist unsere Verwaltungsstelle vorwärts gekommen. In Mech bestand ein Lokalverband der Zimmerer (Gemeint ist der Fachverein, D. B.), der auch einen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberbund abgeschlossen hatte. In der am Sonntag, 3. Mai, abgehaltenen Versammlung wurde nach einem Referat unseres Kollegen Knoblich über die Vorteile der Zentral- gegenüber den Lokalverbänden einstimmig der Uebertritt zum christlichen Bauarbeiterverband beschlossen. Auch der rote Zimmererverband hatte mit allen Mitteln versucht, den Fachverein der Zimmerer von Mech seiner Organisation einzugliedern. Als die Sache fehlschlug, gingen die „teutschen“ Zimmerer zum Terrorismus über und schlugen einen Kameraden des Fachvereins „lazarettfähig“, trotzdem beide Organisationen gerade gemeinsam gegen einen Unternehmer in einem Kampf standen. — Uebrigens bekommt der Fall noch ein gerichtliches Nachspiel. — Dieser rohe Akt schlug dem Fach den Boden aus, und nun traten die Zimmerer des Fachvereins geschlossen in unsern Verband zum Leidwesen der „Teutschen“. Damit ist auch den Mecher Zimmerleuten eine wirksame Interessenvertretung gesichert. Den freien Zimmerern in Mech wollen wir nur raten, sich etwas gemüthlicher zu betragen, widrigenfalls wir unnahehaftig vorgehen werden. Stark genug sind wir. Kameraden! Jetzt mit Wucht in die Agitation eingetreten, dann kommen wir schon voran.“

Soweit der Bericht. Wir sind über den Uebertritt des Mecher Fachvereins der Zimmerer zum christlichen Bauarbeiterverband gar nicht verwundert, zumal sich derselbe zum größten Teil aus Leuten zusammensetzte, die mehrfach bewiesen haben, daß ihnen das Wort Solidarität ein leerer Begriff ist. Die christliche Organisation hat ja bekanntlich für solche Elemente eine besondere Vorliebe. Daß dieses Vereinigen einen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberbund abgeschlossen hatte, hat seine besondere Bewandnis. Die Bautätigkeit lag im Sommer 1913 in Mech schwer darnieder; unsere Zahlstelle hielt den Zeitpunkt zum Abschluß eines Tarifvertrages nicht für geeignet. Das benutzten die Vorstandsmitglieder des Fachvereins, die auch gern einmal einen Vertrag abgeschlossen hätten, zu einem Besuch bei sämtlichen Zimmermeistern. Von diesen abgewiesen, zogen sie mehrere Male zu dem Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes, um bei ihm ihr Anliegen vorzubringen und später bei Einreichung unserer Forderungen gegen uns Front zu machen. Sie erreichten eine Lohnerhöhung von 5 %, wohingegen wir 6 % in drei Jahren erzielten. Unsere Forderung auf neuneinhalbstündige Arbeitszeit vermochten wir infolge des Verhaltens der Vereinsmitglieder nicht durchzusetzen. Wenn in dem Bericht behauptet wird, der rote Zimmererverband habe mit allen Mitteln versucht, den Fachverein seiner Organisation anzugliedern, so doch nur in der Absicht, die Mitglieder desselben zu kämpfen zu erziehen. Nachdem das aber ausgeschlossen scheint, überlassen wir sie gern den Christlichen. Wenn weiter behauptet wird, daß ein Kamerad des Fachvereins „lazarettfähig“ geschlagen wurde, trotzdem beide Organisationen gerade gemeinsam gegen einen Unternehmer im Kampfe standen, so ist das, gelinde ausgedrückt, Schwindel. Der Streik war bereits am Sonnabend, 11. April, beendet und wurde am Dienstag, 14. April, die Arbeit wieder aufgenommen. Als an diesem Tage ein Kamerad von uns auf die Arbeitsstelle kam, wurde er von einem Fachvereinsmitglied, das während des Streiks gearbeitet hatte, rücklings überfallen und mit der Wundfläche über den Arm geschlagen, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Daß hierauf Freunde des Verlesenen gegen den Fachvereinsler Stellung nahmen, hat mit der Organisation gar nichts zu tun. Durch den Uebertritt des Fachvereins zu den „Christlichen“ soll den Mecher Zimmerern eine wirksame Interessenvertretung

gesichert sein. Den Mecher Zimmerern ist diese Interessenvertretung satzungsmäßig bekannt, sie danken dafür. Auch den Vorschlag des Berichterstatters, uns fortan gemüthlicher zu betragen, können wir nicht akzeptieren. Wir befürchten auch, daß es mit seiner eigenen Gemüthlichkeit bald zu Ende gehen wird; denn viel Freude wird er an den neugewonnenen Mitgliedern nicht erleben. Im übrigen: Bei Philippi sehen wir uns wieder.

Ohlau. Welche Lehren zieht unsere Zahlstelle aus der letzten Aussperrung? Ueber dieses Thema sprach in einer Mitgliederversammlung am 1. Juni im Gasthof „Zur goldenen Sonne“ Kamerad Schmidt aus Breslau. Er griff zurück auf die Ursachen der Aussperrung, wobei er einzelne Vorommissionen besonders eingehend behandelte; so vor allem das Verhalten der Tischler usw. Auch die Beitragsleistungen der nicht an der Aussperrung beteiligt gewesenen Kameraden wurde erörtert und empfohlen, daß den säumigen Kameraden im Winter ihre Rechte gesperrt werden sollten. Beklagt wurde noch, daß wir nicht dasselbe erreicht haben wie die Kameraden in Peistritz; die Schuld daran trügen diejenigen Mitglieder, die das Ende des Kampfes nicht abwarten konnten. Einstimmig wurde beschlossen, gegen folgende Mitglieder das Ausschlussverfahren einzuleiten: Hermann Mohaupt, Paul Duschig, Albert Ender, Fischer, Ernst Neumann, Pfleude, Otto Girke und Gottlieb Brust. Der Gauleiter bedauerte noch, daß in so wichtigen Versammlungen der Zahlstellenkassierer durch Abwesenheit glänze.

Breslau. Am 3. Juni fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung statt, zu der sämtliche Zimmerer eingeladen waren. Erschienen waren 15 Kameraden. Nach reger Aussprache wurde die Neugründung der Zahlstelle vorgenommen und anschließend daran die Vorstandswahl vollzogen.

Strasburg i. Westph. In unserer Mitgliederversammlung am 24. Mai waren 20 Kameraden anwesend. Kamerad Neud aus Danzig, der eine gründliche Revision der Zahlstellenkasse vorgenommen hatte, erstattete über ihr Ergebnis eingehenden Bericht. Der Kassierer legte seinen Posten nieder, an seine Stelle wurde ein anderer Kamerad gewählt. Die Versammlung ernannte weiter zwei Revisoren, einen Schriftführer und einen zweiten Kassierer. Der erste Vorsitzende wurde wiedergewählt. Unsere Versammlungen sollen Sonntags nach dem 15. jeden Monats stattfinden. Zum Schlusse wurden noch andere lokale Sachen geregelt.

Wernigerode. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung am 28. Mai nahm die Quartalsabrechnung entgegen, genehmigte sie und entlastete den Kassierer. Eine ausgiebige Debatte entspann sich bei der Erörterung der Lohndifferenzen und der Junggesellenfrage. Auf zwei Plätzen ist bis jetzt noch immer die Lohnzulage für die Zeit vom 1. bis 9. April nicht nachgezahlt worden, obwohl der Vorsitzende der Arbeitgeber unserm Vorsitzenden versprochen hat, daß auf beiden Plätzen die Nachzahlung erfolgen solle. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß unter allen Umständen auf der Nachzahlung bestanden werden solle. Hierauf wurde festgestellt, daß einige Junggesellen den tarifmäßigen Lohn bekommen, verschiedene aber unter Lohn arbeiten. Diese Fälle wurden scharf kritisiert und darauf hingewiesen, daß nach einem Ausspruch des Gerichtsrats Pfeiffer im Gewerbegericht ein Geselle, der seine Gesellenprüfung bestanden habe, den vollen Gesellenlohn verlangen könne. Der Vorsitzende wurde beauftragt, beim Arbeitgebervorsitzenden energisch auf Abstellung dieser Mißstände hinzuwirken. Gerügt wurde auch, daß auf der 1. Place von Dreht Tischler Zimmerarbeiten ausführen. Die Debatte über Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs war sehr erregt, da der in voriger Versammlung gefasste Beschluß von zwei Teilnehmern bestritten wurde. Sie mußten sich aber sagen lassen, daß ihre Ansicht eine irrige sei, und daß sowohl über die Anstellung des Sekretärs wie auch über den Lokalzuschlag Beschluß gefaßt worden sei.



Baugewerblides.

Risiko der Bauarbeiter. Am 2. Juni fiel an einem Bau in der Viechhoffstraße in Altona der Arbeiter Mufelowski durch ein Glasdach. Er erlitt schwere Verletzungen und wurde ins Krankenhaus befördert. Das Glasdach war nicht abgedeckt und war schon länger eine Gefahr für die Arbeiter, da es durch Regen und Witterungseinflüsse ebenso schwarz aussah wie die Dachpappe. Einem andern Arbeiter wurde es ebenfalls zum Verhängnis. Beim Betreten des Daches trat er auf das Glasdach und stürzte gleichfalls ab. Im ganzen sind drei Arbeiter diesem nicht abgedeckten Dach zum Opfer gefallen. Ein Arbeiter, der dem Beamten der Behörde die Wahrheit über diese Mißstände zu Protokoll gab, wurde von dem Unternehmer Hörmann entlassen. Der Unternehmer Hörmann hält es demnach für angebracht, daß Arbeiter der Behörde, die solche Fälle untersucht, die Wahrheit verheimlichen, damit er beziehungsweise sein Polier straffrei ausgehe. Der Bauarbeiterschutz wird von genannter Firma an der Baustelle überhaupt sehr vernachlässigt. — An dem Neubau des Taubstummeninstituts in Leipzig stürzte beim Bau eines Innengerüstes der Maurer Steinmüller aus einer Höhe von zwei Metern herab. Er wurde am Kopfe schwer verletzt und mußte in das Krankenhaus St. Jakob gebracht werden. — Ein Opfer seines Berufes ist der 44 Jahre alte Zimmerpolier Wilhelm Böwrad aus Neufölln geworden. Er war auf einem Neubaugrundstück in der Pistoriusstraße in Weihensee beschäftigt. Er hatte im zweiten Stockwerk am Balkengelände zu tun und beim Verschleifen eines Querbalkens geriet er zu nahe an die Außenkante, verlor das Gleichgewicht und stürzte rücklings in den Bauhof hinunter. Er wurde nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf starb. — Am 3. Juni stürzte in Altona, am Bau der Ortskrankenkasse, der Malerlehrling Spranger von der

Treppe im ersten Stock ins Parterre hinab. Der Verunglückte, der anscheinend innere Verletzungen erlitten hatte, wurde durch die Sanitätskolonne in die Wohnung seines Lehrmeisters gebracht. Dieser Unfall hätte leicht vermieden werden können, wenn man den mehrfachen Beschwerden der Arbeiter Rechnung getragen und die Treppe mit einer Barriere versehen hätte. — Am Umbau der Zuckerfabrik Troppau bei Ratibor ereignete sich ein schwerer Unfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Beim Aufziehen von Siederöhren im Gewicht von 16 Zentnern riß ein Strich am Flaschenzuge und die ganze Last ging nieder. Hierbei wurde der neunundvierzigjährige Arbeiter Josef Metelsky aus Ratharein eingequetscht und tödlich verletzt. Metelsky aus Ratharein eingequetscht und tödlich verletzt. Die sofort gerufene freiwillige Rettungsabteilung konnte dem Verunglückten keine Hilfe mehr bringen, da inzwischen bereits der Tod eingetreten war. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit 7 Kindern, von denen das jüngste erst zwei Wochen alt ist. — Durch einen Unfall büßte der Maurerpolier Hoffmann aus Posen sein Leben ein. Er war an einem Bau in GLOWNO damit beschäftigt, ein Brett anzunageln. Durch den herrschenden Sturm wurde dies in die Höhe geschleudert, Hoffmann verlor das Gleichgewicht und stürzte mehrere Stock tief in den Keller hinab. Er war sofort tot.

Bauarbeiterschutz in Altenburg. Unter dieser Stichmarke veröffentlichten wir in unserer Nr. 21 vom 23. Mai dieses Jahres eine Zuschrift, für deren Richtigkeit der Einsender die Verantwortung ausdrücklich übernommen hat. Darauf kam sowohl die Redaktion als die Prekominmission des dortigen Parteiblattes mit Einwänden. Wir haben beiden geraten, die Angelegenheit am Orte zu erledigen; denn der Einsender hat ja auch nichts weiter erreichen wollen. Jedenfalls hat er nach seinem Schreiben und wie sich aus seiner veröffentlichten Zuschrift übrigens ergibt, nicht etwa müßigen Krakeel machen wollen. Nun sendet uns der Vorsitzende der Ortskaste nachstehende Berichtigung:

Zu Ihrem Artikel in Nr. 21, 23. Mai, Ihres Blattes mit der Ueberschrift „Bom Bauarbeiterschutz in Altenburg“ gestatte ich mir, Ihnen mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Berichtigung zu übersenden:

1. Es ist univahr, daß den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Arbeiter bilden. Wahr ist, daß er zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten und zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber besteht.

2. Es ist univahr, daß man alle Mittel versuchte, um die Zustände zu beseitigen.

Wahr ist, daß die Maurer gar nicht, die Zimmerer nur bei Gelegenheit des Bauhebens der Baukommission gegenüber Beschwerde erhoben haben.

3. Es ist univahr, daß man zum Unternehmer gelaufen sei und ihm die Beschwerden der Zimmerer überbracht habe.

Wahr ist, daß die Baukommission dem bauausführenden Maurermeister geschrieben hat, die Unfallverhütungsvorschriften genau einzuhalten, und weiter dafür zu sorgen, daß die Zimmerer durch den herumfliegenden Kalkstaub nicht belästigt werden.

Altenburg, den 5. Juni 1914.
Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Altenburg.
R. Löbe, Vorsitzender.

Behauptet wird darin ja oft genug, was „wahr“ und was „univahr“ ist. Der Arbeiteröffentlichkeit und auch den Zimmerern in Altenburg dürfte aber mehr damit gedient sein, in Altenburg durch gegenseitige Aussprache und Verhandlung festzustellen, wie die Dinge gelegen. Durch einen Streit in den Zeitungen kann das doch nicht festgestellt werden.

Das Hamburger Baugewerbe im Jahre 1913 findet im Jahresbericht der hamburgischen Gewerbetammer diese Beurteilung:

Die vorhergehende Hochkonjunktur im ganzen Wirtschaftsleben hatte eine Ueberproduktion an privaten Wohnhausbauten mit sich gebracht, die bereits seit dem Jahre 1912 einen Stillstand im Baugewerbe zur Folge hatte. Die Ueberproduktion wirkte auf den ganzen Grundstücksverkehr ein. Andere Umstände, wie die Geld- und Hypothekennot sowie die Neuregelung der Lohnverhältnisse, verschärften den Zustand noch, der auch im Berichtsjahre anhält. Neuerdings sind Anzeichen für eine bessere Gestaltung des Geldmarktes vorhanden, die eine Belebung des Baugeschäftes erwarten lassen, um so mehr, als die Zurückhaltung während der letzten beiden Jahre das Ueberangebot an Wohnungen etwas gemildert hat. Auch in der sogenannten Spekulationsbautätigkeit war in den letzten Jahren ein wesentlicher Rückgang bemerkbar; der Spekulationsbau hängt mit den Geldverhältnissen eng zusammen. Durch den Ausbau der inneren Stadt wird das eigentliche Baugewerbe wenig berührt, weil die hier entstandenen Geschäftshäuser zum großen Teil Betonbauten darstellen. Die Ausführung von Staatsbauten in eigener Regie, die namentlich hinsichtlich der Reparaturarbeiten dem privaten Baugewerbe fast ganz entzogen worden sind, gibt auch im Berichtsjahre zu Klagen Anlaß. Die Architekten fühlen sich ferner in der freien Entfaltung ihrer Berufstätigkeit durch behördliche Maßnahmen, die oft enge Grenzen ziehen, gehemmt. Das Submissionswesen, das durch eine Anweisung des Senats an die Behörden sowie durch eine gesetzliche Regelung der Bestimmungen über die Zulässigkeit einer freihändigen beziehungsweise beschränkten Vergabe der Arbeiten und Lieferungen eine neue Form erhalten hat, zeigt nach verschiedenen Richtungen hin eine gewisse Berücksichtigung der aus gewerblichen Kreisen geäußerten Wünsche, die Anordnungen sind aber nicht bestimmt genug gefaßt, so daß dem freien Ermessen der Behörden ein weiter Spielraum gelassen ist. Im Baugewerbe sind in der praktischen Handhabung der Ausschreibung und Vergabe Lücken beobachtet worden, die die erhoffte Besserung der Verhältnisse vermissen lassen. Zwei Punkte sind es namentlich, auf die als besonders reformbedürftig hingewiesen wird: eine einwandfreie Feststellung des angemessenen Preises durch Sachverständige und eine strenge Beobachtung der Bestimmung über die Bevorzugung

Hamburger Unternehmer bei gleichwertigen Leistungen, wie sie in anderen Bundesstaaten und namentlich auch in unserer Nachbarstadt Altona streng geübt wird. Die Eisenbahndirektion Altona läßt beispielsweise selbst ihre Arbeiten auf hamburgischem Gebiet fast ausschließlich von preußischen Staatsangehörigen ausführen. Die Preise für das Material bewegen sich im allgemeinen auf derselben Höhe wie im Vorjahre: Bauhölzer und Schnitthölzer preussischer und schwedischer Herkunft zeigten keine Preisänderung, amerikanisches Holz war etwas billiger, ebenso die Steine, während Kalk, Zement und Zementkalk im Preise gestiegen waren. — Die Zimmererbetriebe klagen über einen sehr schlechten Geschäftsgang; sie haben unter der Ausführung von Betonbauten besonders zu leiden. Der schlimmste Feind befindet sich im eigenen Lager, die Konkurrenz ist außerordentlich scharf. Bei sorgfältigster Kalkulation, unter Berücksichtigung nur des notwendigsten Aufschlags zur Deckung der Unkosten, ist es selten möglich, den Auftrag zu erhalten, weil die Angebote um 10, 20 und sogar 30 pZt. unterboten werden. Wenn das Holz, wie erwähnt, auch im allgemeinen nicht teurer geworden ist, so führen die hohen Zölle, mit denen das ausländische Holz belastet ist, dazu, daß vielfach Eisenkonstruktionen verwandt werden. Die Löhne sind im Baugewerbe durch Abschluß eines neuen Tarifvertrags um 5 s, 2 s zum 1. April und 3 s zum 1. Oktober, gestiegen, so daß der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer jetzt 90 s beträgt. Die Leistungsfähigkeit hält hiermit nicht Schritt, es wird vielmehr über Minderung derselben geklagt. Die hohen Löhne führen, wie berichtet wird, vielfach zu einer weniger sach- und fachgemäßen Ausführung der Arbeiten und es wird im Interesse des Verdienstes mehr Wert auf möglichst schnelles Arbeiten gelegt. Dadurch hat unter den Gesellen eine gewisse Pfuscharbeit Platz gegriffen, und es ist schwer, gut arbeitende Leute zu erhalten.

Die Baugewerksinnung „Bauhütte zu Bergedorf“ berichtet, daß die Bauluft gegen Ende des Berichtsjahres abgenommen habe, was auf die ungünstigen Geld- und Hypothekenverhältnisse sowie auf die steigenden Löhne und Lasten zurückzuführen sei. Durch diese Unkosten werde das Bauen außerordentlich verteuert. Bei den Submissionen werden so niedrige Preise abgegeben, daß dafür nicht einmal die Selbstkosten gedeckt werden. Dadurch verlieren die soliden Geschäfte die Lust, sich hieran noch zu beteiligen. Unternehmer, die nichts zu verlieren haben, und solche, die unfähig sind, richtig zu kalkulieren, übernehmen meist die Submissionsarbeiten. Der neue Reichstarifvertrag für das Baugewerbe, welcher bis zum 31. März 1914 läuft, ist für Bergedorf noch nicht in allen Teilen abgeschlossen, da die bisherigen Verhandlungen mit den Arbeitnehmern resultatlos verlaufen sind. In Bergedorf werden folgende Löhne bezahlt: für Gesellen 77 s, für Arbeiter 72 s, für Junggesellen 62 s, für jugendliche Arbeiter 52 s. Am 1. April 1914 tritt eine Erhöhung der Löhne ein.

In Cuxhaven war nach einem Bericht der Baugewerksinnung „Bauhütte zu Cuxhaven“ das Baugeschäft im Berichtsjahre ebenfalls im allgemeinen flau, hauptsächlich wegen Mangels an ersten und zweiten Hypotheken. Der Lohn beträgt hier 54 bis 68 s pro Stunde.

In den Tiefbauunternehmen hat sich die wirtschaftliche Lage gegenüber dem Vorjahre kaum geändert; in der zweiten Jahreshälfte ist eine geringe Besserung eingetreten. Auch hier wird über das Verfahren bei öffentlichen Ausschreibungen geklagt. Sehr erschwerend war für das Geschäft ferner der sich immer mehr fühlbar machende Mangel an geeigneten einheimischen Arbeitskräften, welche Erarbeiten nur ungern übernehmen; ausländische Arbeiter sind ebenfalls nur schwer erhältlich. Durch diese Verhältnisse ist eine richtige Kalkulation sehr erschwert. Werden hierbei alle ungünstigen Verhältnisse berücksichtigt, so erreicht der Preis eine Höhe, daß auf Uebertragung der Arbeiten nicht gerechnet werden kann. Bei Ausschreibungen ist der Kostenanschlag meistens zu niedrig und es werden Schleuderangebote als angemessene Preise bezeichnet. Die Mindestlöhne sind um weitere 5 pZt., die Höchstlöhne aber teilweise um 30 pZt. gestiegen. Durch die Anordnung der Finanzdeputation, daß bei staatlichen Arbeiten die Arbeitszeit im Sommer von zehn auf neun Stunden herabgesetzt wird, während der alte Lohnsatz von 14 pro Tag beibehalten worden ist, ist der Anspruch auf allgemeine prozentuale Erhöhung des Lohnes gestellt worden.

Soweit der Jahresbericht. Die Tariflöhne der Maurer und Zimmerer sind aber am 1. April 1913 um 3 s gestiegen und am 1. Oktober um 2 s. Nicht umgekehrt, wie es im vorstehenden Bericht heißt, daß „im Interesse des Verdienstes mehr Wert auf möglichst schnelles Arbeiten gelegt“ wird, als auf sach- und fachgemäße Ausführung der Arbeiten, kann sich doch nur auf die Unternehmer beziehen, nicht auf die Arbeiter. Trifft es also zu, was wir in dieser Allgemeinheit keineswegs glauben, daß nämlich unter den Gesellen eine gewisse Pfuscharbeit Platz gegriffen hat, wie der Bericht glauben machen will, und ist es wirklich „schwer, gut arbeitende Leute zu erhalten“, dann sind weder die Arbeiter noch „die hohen Löhne“ die Ursache, sondern einzig und allein die Profit- und Ausbeutungsmotiv der Unternehmer. Für „die hohen Löhne“ muß man aber nicht die Arbeiter verantwortlich machen, sondern die unverkämpften Preis- und Mietsteigerungen in Hamburg. Die Mietsteigerungen der Arbeiterwohnungen in den letzten zwanzig Jahren machen in Hamburg mehr als 100 pZt. aus, ebenso und teils höher sind die Lebensmittel im Preise gestiegen. Darüber sagt der Jahresbericht der Gewerksammer leider kein Wort.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Beachtenswertes für die Krankenkassen-Ausschussmitglieder! Die Krankenkassen sind bekanntlich nach der Reichsversicherungsordnung nur zur Gewährung der gesetzlichen Regelleistungen verpflichtet. Die Ausschussmitglieder in den Krankenkassen können aber höhere Leistungen erstreben beziehungsweise beschließen und in den Statuten festlegen. Auch

die Satzungsänderungen können nur durch Beschlüsse der Ausschussmitglieder vorgenommen werden. Wenn zum Beispiel nun die im § 182 der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Zulässigkeit, betreffend Erweiterung der Leistungen, bereits vollzogen ist, so kann eben diese nicht ohne die Zustimmung der Ausschussmitglieder der einzelnen Krankenkassen verändert oder verringert werden. Trotzdem tauchen in letzter Zeit in verschiedenen Krankenkassen diesbezügliche Versuche auf, indem die bestehende erweiterte Krankenhilfe (wie zum Beispiel spezialärztliche Behandlung, erhöhtes bestehendes Krankengeld und Wöchnerinnenunterstützung usw.) herabzusetzen erstrebt wird. Es ist deshalb notwendig, daß die Ausschüsse in den Krankenkassen als Vertreter der Arbeitnehmerversicherer hierauf acht geben! Es darf eben nicht zugelassen werden, daß nach kaum bestehenden vierteljährlichen Mehrleistungen in den Krankenkassen diese eingeeignet werden. Ehe man solchen von Arbeitgeberseite erstrebten oder beabsichtigten Minderleistungen stattgibt, sollen die Ausschüsse Zurückstellung der Sache bis zur Vorlegung eines Jahresabschlusses verlangen. Unmöglich kann ein Arbeitnehmerschussmitglied nach so kurzer Zeit des Bestehens und nach der Reichsversicherungsordnung zulässigen Mehrleistungen für die Einengung der Leistungen im Krankenkassenwesen stimmen, weil ein abschließendes Urteil heute zu bilden noch nicht möglich ist.

Ganz besonders will man der Wöchnerinnenunterstützung neben Beschränkungen der spezialärztlichen Behandlung und Krankengeldherabsetzung zu Leibe gehen. Nach § 198 der Reichsversicherungsordnung kann durch Satzungsbeschlüsse versicherungspflichtigen Ehefrauen oder weiblichen Versicherungs-pflichtigen, wenn diese mindestens sechs Monate hindurch im letzten Jahre vor der Niederkunft versichert waren, Hebammendienste und erforderlichenfalls ärztliche Geburtshilfe gewährt werden. Unter den gleichen Voraussetzungen kann Schwangeren, wenn sie infolge Schwangerschaft arbeitslos werden, ein Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen zugebilligt werden. Desgleichen kann diesen Wöchnerinnen, solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld bis zur Höhe des halben Krankengeldes und bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft zugebilligt werden. Den Schwangeren kann nach § 199 der Reichsversicherungsordnung auf die Dauer der Schwangerengeldunterstützung die Gewährung des Wochengeldes vor der Niederkunft anzurechnen werden. Denjenigen Wöchnerinnen, welche nun in der vorerwähnten Zeit einer Krankenkasse angehört haben, muß ein Wochengeld in Höhe des halben Krankengeldes für acht Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen, nach § 195 der Reichsversicherungsordnung gewährt werden. Nur für Mitglieder der Landkrankenkassen, die nicht der Gewerbeordnung unterstehen, kann die Zahlung dieser Kassen die Dauer des Wochengeldbezuges auf mindestens vier und höchstens acht Wochen festlegen.

Die in den Satzungen der einzelnen Kassen schon heute bestehenden Mehrleistungen versuchen nun die Arbeitgebervertreter in letzter Zeit in verschiedenen Versicherungsamtsbezirken abzuschaffen. Man vergißt ganz, daß gerade infolge der Gewährung von Mehrleistungen in Erkrankungsfällen das Elend und die Not teilweise gehoben werden kann. Auch die Säuglingssterblichkeit kann durch die Gewährung von Mehrleistungen um ein gut Teil gehemmt werden, was doch sicherlich notwendig ist. Es ist bekannt, daß gerade in Deutschland alljährlich zirka 17 pZt. der Lebendgeborenen sterben. Allein im Jahre 1909 waren es nicht weniger als 335 436, wogegen es in anderen Staaten bedeutend weniger waren (zum Beispiel in Italien 14,8 pZt., Frankreich 14,3 pZt., England 10,9 pZt. und in Norwegen nur 7,6 pZt.). Diese Tatsachen reden eine deutliche Sprache und bedürfen keiner weiteren Erörterung. Diese Zahlen sollen aber auch von den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberausschussmitgliedern in den Krankenkassen beachtet werden und keine Einengung, sondern der Ausbau der Unterstützungen muß mit aller Macht gefördert werden.



Geburtenrückgang.

Der wesentliche Rückgang der Geburtenziffern, der sich seit drei Jahrzehnten bemerkbar macht, beschäftigt in hohem Maße die Öffentlichkeit wie die Behörden. Eine größere Anzahl von eingehenden Arbeiten und eine fast unüberschaubare Menge von Zeitungsartikeln hat sich mit der Aufdeckung der Ursachen des Geburtenrückganges sowie mit den Vorschlägen zur Beseitigung desselben befaßt.

In einer soeben erschienenen interessanten Schrift, betitelt „Geburtenrückgang und Geschlechtskrankheiten“ erörtert Professor Blaschko die Frage des Zusammenhanges des Geburtenrückganges mit der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten.

Da dieser Punkt bis jetzt zu wenig berücksichtigt war, möchten wir in folgendem etwas ausführlicher darauf eingehen.

Abgesehen von der gewollten Beschränkung der Kinderzahl ist die Abnahme der natürlichen Fruchtbarkeit zum Teil als Folge der gewaltigen Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten zu betrachten. In der Tat können die Geschlechtskrankheiten, insbesondere Gonorrhoe (Tripper) und Syphilis, direkt geburtenermindernd wirken. Zur Unfruchtbarkeit kann die Gonorrhoe einmal durch die Erkrankung des Mannes an einseitiger oder doppelseitiger Hodenentzündung führen, ferner durch eine in die inneren Geschlechtsorgane der Frau aufsteigende gonorrhöische Erkrankung. Professor Fürbringer wies auf Grund von eigenen Beobachtungen an 1000 kinderlosen Ehen nach, daß ein Drittel solcher Ehen, bei denen beide Gatten zur ärztlichen Untersuchung kamen, die Unfruchtbarkeit durch eine Geschlechtskrankheit des Mannes zumeist nach einseitiger

oder doppelseitiger Hodenentzündung verursacht war, und daß außerdem in 10 pZt. bis 15 pZt. dieser Ehen die Uebertragung der Gonorrhoe des Mannes auf die Frau, Ursache der weiblichen Kinderlosigkeit (Sterilität) war.

Nun, wie groß ist die Zahl der gonorrhöisch Erkrankten? Professor Blaschko sagt: „Man bleibt jedenfalls lange unter der Wirklichkeit, wenn man für die großen Städte Norddeutschlands den Prozentsatz der Gonorrhöiker mit 50 nimmt.“

Die ungeheure Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten ist auf die abnormen Lebensbedingungen zurückzuführen, unter denen heute unsere großstädtische Jugend ihr Leben zu verbringen gezwungen ist.

In den Großstädten soll somit mehr als die Hälfte aller erwachsenen Männer ein oder mehrere Male Gonorrhöe durchgemacht haben und bei etwa 10 pZt. aller Gonorrhöiker tritt als Komplikation die Hodenentzündung auf. Die in den Städten so häufig auftretende Geschlechtskrankheit muß als ein ernstes soziales Uebel betrachtet und bekämpft werden. Ein nicht geringer Teil der Gonorrhöiker tritt mit der noch nicht geheilten Erkrankung in die Ehe, infiziert die Frau und diese kann nun entweder sofort oder nach der ersten Entbindung durch Erkrankung der inneren Geschlechtsorgane, der Gebärmutter und Eierstöcke, dauernd unfruchtbar werden. Es ist berechnet worden, daß in Deutschland etwa 350 000 oder 4 pZt. aller Ehen infolge der Geschlechtskrankheit des Mannes kinderlos blieben. Der jährliche Ausfall an Geburten würde dann gegen 100 000 betragen. In Form der Ein-Kind-Ehe führt die Gonorrhöe zu weiterer Beschränkung der Fortpflanzung. Somit ist der Gesamtverlust an Geburten durch die Gonorrhöe ein ganz ungeheurer.

Die Syphilis hat eine große Zahl von Aborten, Früh- und Totgeburten zur Folge, aber sie hat auch in einer nicht geringen Zahl von Ehen völlige Unfruchtbarkeit zur Folge. Eine große Zahl der lebend geborenen Kinder der Syphilitiker starben im ersten Lebensjahr. Die syphilitische Nachkommenschaft ist zu einem erheblichen Teil kurzlebig, der überlebende Teil ist meist degeneriert und minderwertig und als ein Gewinn für die Menschheit kaum zu betrachten.

Der Kampf gegen die Prostitution, die rechtzeitige Geschlechtshegung, die verbesserte und vermehrte Fürsorge der Geschlechtskranken, die Aufklärung der Bevölkerung, alles dies dient dazu, die Geschlechtskrankheiten zu bekämpfen und ihre Verbreitung herabzusetzen und ist als wichtiges Moment im Kampfe gegen die Geburtenabnahme zu betrachten.

In Berlin haben infolge der zunehmenden Intelligenz und hygienischer Einsicht, zum Teil auch dank der Tätigkeit der Krankenversicherung, die Geschlechtskrankheiten im letzten Jahrzehnt nicht zugenommen.

Die in den breiten Schichten der Bevölkerung zunehmende Kenntnis der Methoden der Empfängnisverhütung brachte es mit sich, daß trotz der Verteuierung und Erschwerung der Lebenshaltung der Anteil der Verheirateten in den Städten gestiegen ist. Das Heiratsalter ist gesunken.

Viele Tausende von Ehen werden von jungen Leuten geschlossen, in der Absicht, mit der Erzeugung von Kindern noch ein paar Jahre zu warten oder die Zahl der Kinder zu beschränken. Die Folge dieser Erscheinung ist, daß kein Aufsteigen der Geschlechtskrankheiten und ferner, daß eine deutliche Abnahme der Fruchtbartheiten zu beobachten ist. Dort, wo man die Verbreitung familiärer Schutzmittel zur Verhütung der Empfängnis verbietet oder erschwert, hat die Zahl der kriminellen Fruchtbartheiten eine erschreckende Höhe erreicht. In Frankreich zum Beispiel zählt man jetzt etwa 500 000 Fruchtbartheiten pro Jahr.

Gewiß haben noch andere wichtige Momente auf die Abnahme der ehelichen Fruchtbarkeit eingewirkt. Das Streben nach Kleinfamilie der Familie ist eine internationale Erscheinung, die ihren Grund hat in den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen aller Kulturländer. Die wirtschaftlichen und besonders die hygienischen Nachteile einer großen Familie machten sich in einer Großstadt mit ihren engen und teuren Wohnungen, ihren hohen Häusern und dunklen Höfen, mit der durch den teuren Lebensunterhalt erzwungenen Erwerbstätigkeit der Mütter, viel früher als auf dem Lande bemerkbar, wo für eine große Kinderzahl Licht, Luft, Bewegungsfreiheit und Nahrungsmöglichkeit in größerem Maße vorhanden waren. Seitdem aber neuerdings durch die Entwicklung der Riesenzentren und ihrer Bedürfnisse auch auf dem Lande die Naturalwirtschaft arg bedroht wird, so daß vielfach selbst an den einfachsten Nahrungsmitteln wie Milch usw. Mangel herrscht, sehen wir nunmehr auch hier die Tendenz nach Kleinfamilie der Familie zum Durchbruch gelangen. (Professor Blaschko.)

Um den Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte herbeizuführen, mußte eine Massenbewegung unter der arbeitenden Bevölkerung einsetzen. Nach der Statistik sind es die Arbeiterviertel in den großen Industriestädten, in denen der Geburtenabfall in stärkster Weise vor sich geht. Und zwar sind es besonders die dritten, vierten und späteren Kinder, die an Zahl abnehmen; die Zahl der Ehen mit ein und zwei Kindern scheint zu wachsen.

Beachtenswert ist die Tatsache, daß innerhalb der Arbeiterschaft gerade die höchststehenden, bestbezahlten Schichten weniger Kinder erzeugen, als die tiefstehenden. Es muß immer ein gewisser Grad von Bildung, Einsicht und Verantwortlichkeitsgefühl vorhanden sein, um die Tendenz der Geburtenverminderung zu erzeugen.

„Je tiefer das kulturelle Niveau einer Bevölkerung ist, je geringer der Wohlstand, der dort herrscht, je schlechter und drückender die Arbeitsverhältnisse in einem Lande, um so größer ist unter sonst gleichen Umständen die Zahl der Geburten. Mit der Mehrung des Wohlstandes und der Bildung, erweitert sich der Bedürfniskreis des Menschen und in dem Maße, in dem die Ansprüche über das zum Leben dringende Notwendige hinausgehen, indem der Mensch emporsteigt, wachsen Besonnenheit und Selbstbeherrschung und die Sorge für die wirtschaftliche Zukunft und die eigene Bequemlichkeit. Damit entfällt ein Streben, einer allzugroßen Vermehrung der Familie vorzubeugen.“ (Nombert.)

Nun wird die Abnahme der Geburtenziffer als ein Rassenmord, als eine große nationale Gefahr hingestellt.

Aber man vergißt dabei, daß gerade in den letzten Jahrzehnten eine starke Abnahme der Sterblichkeit, besonders der Kinder- und Säuglingssterblichkeit zu konstatieren ist, daraus folgt ein außerordentliches Anwachsen der Bevölkerung. In Deutschland waren 1876 von 1000 Lebendgeborenen nach einem Jahre noch 796 am Leben, im Jahre 1910 842. Trotz der Geburtenabnahme war also im Jahre 1910 der Bevölkerungszuwachs um 200 000 größer als 35 Jahre vorher.

Es ist auch klar, daß heute bei verminderter Kinderzahl eine bessere Aufzucht der Kinder möglich ist, die am Leben bleiben, als Ersatz für die zahlreichen Gestorbenen der früheren Zeit.

Will man aber wirksam gegen die Abnahme der Bevölkerungsziffer vorgehen, so sind sehr energische Maßnahmen erforderlich. Durch Verbilligung der Lebensmittel, durch Fürsorge für bessere und billige Wohnungen, sollen die Lebensbedingungen der Massen so gestaltet werden, daß die Kinderaufzucht den Eltern in jeder Beziehung erleichtert wird. Braucht der Staat Nachwuchs, so ist er in erster Linie dazu berufen, für die Kosten der Aufzucht deselben aufzukommen. Nur eine großzügige Mutterschaftsfürsorge, die sich nicht damit begnügt, der Mutter sechs Wochen vor und nach der Niederkunft beizustehen, sondern für die ganzen Jahre der Kinderaufzucht einen nennenswerten Zuschuß gewährt, einen Zuschuß, der mit der Zahl der Kinder wachsen mußte, nur eine solche großzügige Aktion kann Hilfe schaffen. (Professor Blaschko.)

Bemerkenswert ist, daß diese von Professor Blaschko im Interesse der Volksgesundheit gemachten Vorschläge mit den Forderungen, die die sozialdemokratische Partei an Staat und Gemeinde stellt, völlig übereinstimmen. Diese Tatsache beweist von neuem, daß die Sozialdemokratie eine große, gewaltige Kulturbewegung ist.

Dr. med. F. R.



Literarisches.

Im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Wegweiser. Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus** von Max Adler. Preis broschiert M. 2, gebunden M. 2,50. 56. Band der Internationalen Bibliothek.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Jean Jacques Rousseau. Friedrich Schiller. Immanuel Kant. Johann Gottlieb Fichte. Henri de Saint-Simon. Robert Owen. Wilhelm Weitling. Ludwig Feuerbach. Max Stirner. Ferdinand Lassalle. Friedrich Engels' Anfänge. Marx und Hegel. Marx im Verständnis des Proletariats.

Der Verfasser sagt im Vorwort: Der moderne Sozialismus fühlt sich als der geistige Erbe aller Aufwärtsbestrebungen des Denkens und Schaffens der besten Geister der Vergangenheit. In seinem Zukunftsideal erhofft er nicht nur die endliche Verwirklichung so vieler Wünsche und Träume unbefriedigt dahingegangener Geschlechter, sondern er sieht auch zum erstenmal in seinen Erkenntnismitteln den Weg und die Bedingungen für diese Erfüllung überkommener Aufgaben und Ziele gegeben. Aus diesem Bewußtsein seiner Zusammengehörigkeit mit der bisherigen geistigen Entwicklung erwacht ihm das besondere geschichtliche Verständnis seines Wesens, das mit seiner Gegenwart und Zukunftsforderung zugleich die Gedanken der Vergangenheit vollendet. Und hieraus entspringt auch jener eigenartige schöne Zug des modernen Sozialismus, sein Wesen sich unausgelekt an Bildern der Vergangenheit deutlicher zu machen, seinen jetzigen Bestand aus seinem Hervorgang zu verstehen, seine Gedanken und Kämpfe aus dem Wirken der Vordenker und Vorkämpfer der menschlichen Entwicklung überhaupt zu begreifen.

Aus dieser Grundauffassung sind die Abhandlungen hervorgegangen, die hier in einem Bande gesammelt sind, und darin wird hoffentlich trotz der verschiedenen Zeit ihrer Entstehung ihre innere Einheit begründet sein, die ihre Vereinigung zu einem Ganzen rechtfertigt. Sie wollen hauptsächlich an der Zeit der klassischen deutschen Philosophie und ihrer Ausläufer das Wachsen und Werden jener Gedankenelemente zeigen, die gleichzeitig mit den ersten Versuchen sozialistischer Denker, die theoretischen Vorbereitungen für die Bearbeitung des sozialen Problems schufen. Und sie sollen auf diese Weise nicht nur die epochenmachende Arbeit von Karl Marx, dieses echten Schülers der deutschen klassischen Philosophie, in den geistigen Zusammenhang mit diesem inhaltvollen Kapitel der Geistesgeschichte stellen, sondern auch dieses selbst einem tieferen Verständnis zuführen, wenn sie auf jenen Ideeninhalt der deutschen kritischen Philosophie besonders aufmerksam machen, der zu Marx als seinem Vollender nicht nur führen konnte, sondern mußte. Die idealistische Erkenntnis- und Willenskritik erscheint dadurch in einem neuen Lichte und in ihrer besonderen Bedeutung gerade für eine Sozialwissenschaft. Aber auch diese letztere erhält erst durch diese kritische Beziehung die Möglichkeit eines Verständnisses ihrer Eigenart. Und weil dieses Verständnis schließlich zum Sozialismus als einer notwendigen Konsequenz führt, erscheinen nun die Denker, aus deren Beitrag sich unsere sozialistische Gesellschaftsauffassung herausgebildet hat, wie Wegweiser zu diesem Ziele.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 10. Heft vom 2. Band des 32. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalverbände resp. Vertrauensmänner bei.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Montag, den 15. Juni:

Ausbach: Gleich nach Feierabend im Gasthaus „Zum Tiger“. — **Apolda.**

Dienstag, den 16. Juni:

Emden: Abends 8 1/2 Uhr im Hotel „Bellevue“. — **Langenfalsa:** Gleich nach Feierabend im „Oberen Felsenkeller“. — **Mühlheim a. Rhcin:** Abends 9 Uhr bei Michael Mayer, Deutzer Straße 68.

Mittwoch, den 17. Juni:

Dortmund: Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstr. 32. — **Glogan:** Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Schreyer, „Alte Reichsbank“, Kirchstr. 1. — **Piegnitz:** Eine halbe Stunde nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 19. Juni:

Cassel: Abends 8 Uhr im „Kleinen Stadtpark“, Obere Karlstr. 17. — **Mühlhausen i. G.:** Abends 8 Uhr bei Weinzorn, Dornacher Straße 6.

Sonntag, den 20. Juni:

Ahrensburg: Abends 8 Uhr bei S. Willhöft, Marktstraße. — **Angsburg:** Abends 7 Uhr im „Wittelsbacher Hof“, Jesuilengasse. — **Bad Wildungen:** Jeden Sonntag abends 8 Uhr im Lokale von Rosenbusch. — **Fulda:** Jeden Sonntag abends 8 Uhr im Lokale „Zur Erholung“, Florengasse 18. — **Serrie:** Abends 8 1/2 Uhr bei Kampmeier, Schamrockstraße. — **Lützen:** Abends 8 1/2 Uhr im „Bürgergarten“. — **Marburg:** Jeden Sonntag abends 8 Uhr bei Giesberg, Werbaer Weg. — **Nemtscheid:** Abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus. — **Walsrode:** Abends 8 Uhr bei Aug. Nagler, Lange Straße. — **Witten:** Abends 8 1/2 Uhr im Verkehrslokal von Heinrich Röhmeier, Ardesstr. 4.

Sonntag, den 21. Juni:

Berlinchen: Im Gasthof „Zum goldenen Hirsch“. — **Vielefeld, Bezirk Bünde:** Nachm. 2 Uhr in der Wirtschaft von Hübel, Neue Straße. — **Grünberg i. Posen:** Mittags 12 1/2 Uhr. — **Sagen i. W.:** Vorm. 10 Uhr bei Heinrich Marpe, Kölner Straße. — **Obornitz:** Nachm. 1 Uhr bei Lewin. — **Oschersleben:** Nachm. 4 Uhr bei S. Klare, Bruchstr. 11. — **Necklinghausen:** Vorm. 10 Uhr bei Radeck, Große Gelfstr. 15. — **Sahnis:** — **Spandau:** Vorm. 9 1/2 Uhr bei Emil Köpnick, Pichelsdorfer Straße 39. — **Steinach i. S.-M.:** Nachm. 4 Uhr im Gasthof „Zum Sächsischen Wappen“.

Anzeigen.

Godesanzeige.

Am 18. Mai starb an Lungenentzündung unser treuer Kamerad
Gustav Daumens
im Alter von 42 Jahren. [M. 3,60]
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Crossen a. d. O.

Nachruf.

Am 5. Juni verschied plötzlich und unerwartet infolge eines Unglücksfalles unser treuer Kamerad
Heinrich Jennrich
aus Bedringen im Alter von 37 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm [M. 3,60]
Die Kameraden der Zahlstelle Neuhaudensleben.

Achtung, Zahlstellentassierer!

Gesucht wird das Mitglied **Walter Leber**, geboren am 25. April 1893 zu **Wyl i. d. Schweiz** (Schweizer Buchn. 13 262, deutsche Buchn. 172 612). Wir bitten alle Zahlstellentassierer, für Leber kein neues Buch auszustellen, sondern ihn an seine Pflicht gegenüber der **Zahlstelle Coblenz** zu erinnern. Seine beiden Bücher sind im Besitz des Vorsitzenden der Zahlstelle Coblenz. [90 4] Der Vorstand.

Zahlstelle Berlin u. Umg.

In der Zeit vom 14. bis 18. Juni tagen
37 außerordentliche

Bezirks - Versammlungen

im gesamten Zahlstellengebiet.

Tagesordnung: 1. Vortrag über „Die Berliner Zimmererbewegung in den letzten zehn Jahren“. Referenten sind die Mitglieder des Vorstandes. 2. Bezirksangelegenheiten.

Näheres über Ort und Zeit der Versammlungen wird mittels Flugblattes bekannt gemacht.

Vollzähligen Besuch dieser Versammlungen erwartet [M. 1,70] Der Vorstand.

Zahlstelle Strasburg i. W.

Die Adresse unseres Kassierers ist von jetzt an:
Felix Starogarski, Strasburg i. W., Viktoriastr. 31.
[60 4] Der Vorstand.

Zahlstelle München.

Dienstag, den 16. Juni, gleich nach Arbeitschluß, im Gewerkschaftshaus, Nebenzimmer,

Große Versammlung

der Bau- und Platzdelegierten.

Werte Kameraden! Infolge der gegenwärtigen schlechten Lage ist es notwendig, daß von jeder Arbeitsstelle ein Delegierter erscheint; auf solchen Arbeitsstellen, wo ein Delegierter nicht aufgestellt ist, muß dieses gleich gemacht werden. Entsendet somit von jeder Arbeitsstelle einen Kameraden, und kontrolliert ihn andern Tages, ob er auch in der Delegiertenversammlung anwesend war. [M. 1,70]

Mit kameradschaftlichem Gruß Die Ortsverwaltung.

Paul Kunze, Zimmerer (Verb.-Nr. 116 700), ist nach Untererschlagung von M. 86,90 einfaßterter Beiträge abgereist. Kameraden, die den Aufenthalt von Kunze wissen, werden ersucht, die Adresse umgehend dem Unterzeichneten mitzuteilen. [M. 1,80]
Fritz Reichert, Kassierer, Eberfeld, Wiesenstr. 39.

Gustav Mäder, Zimmerer aus Obhausen, sende Deine Adresse an **Heinrich Bardowicks**, Zimmerer, Wien XX, Wintergasse 27. [90 4]

Hans Zwicker, fremder Zimmerer aus Franken, berg i. S., sende Deine Adresse an **Otto Lange**, fremder Zimmerer, Leipzig-Leutich, Duerstr. 5, 3. Et., rechts. [M. 1,20]

Zimmergesellen

bei 52 1/2 Stundenlohn sofort gesucht. Fahrgehd wird nach sechs Wochen vergütet. [M. 2,40]

J. Meyer, Neujellingsdorf a. Jelmarn.

Verkehrslokale, Herbergen usw.

(Jahresinverate unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten M. 8 jede weitere Zeile M. 2 mehr. Freieingepiarte werden nicht verabfolgt. Inverate, für die nicht der Betrag eingekandt ist, bleiben fort.)

Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg., SO, Engelauer 15, 3. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.

Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kollasseum“, Zwickauer Straße 152, 1. Et., Zimmer 16. Herberge das Verkehrslokale: Volkshaus und „Plauenische Bierhalle“, Gahnstr. 41. Zureisende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umschauen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11-1 Uhr und nachmitt. 5-7 1/2 Uhr.

Cöln a. Rh. Versammlungslokal und Herberge: Volkshaus, Severinsstraße 197/199. Telefon B 3850. Meldungen, ganz gleich welcher Art, sind im Zahlstellenbureau, Berengaraben 93, 1. Et., zu erstatten; geöffnet abends von 7 bis 9, Sonntags vorm. von 10 bis 12 Uhr. Zureisende haben sich zwecks Vermittlung von Arbeitsgelegenheit, bevor sie umschauen, ebenfalls dort zu melden. Reiseunterstützung wird ebenfalls dort ausbezahlt.

Cuxhaven. Verkehrslokal der Witwe Behnte, Gesellschaftshaus „Zur Sonne“, Norddeichstraße 18.

Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße 32. Zureisende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umschau verboten.

Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umg.: Welfenbinderhof 57/66, 2. Et. Telefon: Gruppe 6, 4426. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umg. sind hier zu melden. Zureisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im vordienst bekanntgegebenen Bureau zu melden. Meisterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt.

Hamburg-Altona. Bez. 15. Verkehrslokal und Herberge bei Rodogast, Lohmühlenstr. 36. Jeden zweiten Mittwoch im Monat Zusammenkunft und jeden zweiten und vierten Sonntagabend im Monat Zahlabend.

Hamburg-Altstadt. Verkehrslokal bei Ch. Erhorn, Mühlenhofstr. 29/30. Am ersten Mittwoch jedes Monats, abends 8 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Jeden Sonntag vorm. von 11 bis 12 Uhr werden Beiträge entgegengenommen.

Hamburg-Eilbeck, Hohenfelde. Verkehrslokal bei Herrn Beer, Wandsbeder Chaussee 128. Telefon: Gr. 4, 3501. Jeden zweiten Montag im Monat Zusammenkunft.

Hamburg-Hammerbrook. Ernst Gering, Gothenstr. 58, Verkehrslokal. Am ersten Sonntag eines jeden Monats, morgens 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Beitragsentgegennahme für die Zentraltraktantenliste am ersten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr.

Hamburg-Neudorf. Bezirk 6. Verkehrslokal bei Adolf Winter, Seebder Marktplatz 4. Telefon: Gr. 8, 5485. Zusammenkünfte gemeinschaftlich mit Bezirk 6 jeden zweiten Dienstag im Monat, abwechselnd auch bei Brüger, Neudorfsort.

Hamburg-Rothenburgsort. Bezirk 6. Verkehrslokal bei S. Brüger, Streifenstr. 79. Telefon: Gr. 8, 2167. Sonntags mittags Entgegennahme von Beiträgen.

Hamburg-Simsbüttel. Albert Lemcke, Verkehrslokal, BelleAlliancestr. 45. Jeden Sonntag abends 8 Uhr, jeden letzten Sonntagabend im Monat Zahlabend der Zentraltraktantenliste. Telefon: Gr. 6, 2782.

Hamburg-Varmbeek. D. Niemeier, Dehnhaide 129. Vermittlung von Zimmererwerkzeug.

Hamburg-Ottensen. Bezirk 17. Verkehrslokal bei S. Seiborn, Wahrenfelder Straße 124. Zusammenkunft jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr.

Hamburg-Winterhude. Verkehrslokal bei Gehr. Schulz, Marktplatz 16. Telefon: Gr. 6, 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat.

Hamburg-Wilhelmsburg. Bezirk 25 und 26. Verkehrslokal und Herberge bei S. Meyer, Vogelbüttendeich 23. Telefon: Gr. 4, 3476. Jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, Zusammenkunft.

Kiel. Bureau der Zahlstelle Kiel und Umg.: Gewerkschaftshaus, Fahrstr. 24, 2. Et. Telefon 2241. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer Kiels sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden Dienstag nach dem 15. im Monat.

München. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pestalozzistr. 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Stock. Telefon 61 030. Sprechstunden vorm. von 10 bis 12 Uhr und abends von 5 bis 7 1/2 Uhr. Arbeitslosenmeldung vorm. von 10 bis 12 Uhr. Auszahlung der Reiseunterstützung: von 5 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockenbach 10.

Wilhelmsbaven u. Umg. Bureau: Rüstingen, Rüstinger Straße 28. Geöffnet: Wochentags abends von 7 bis 9 Uhr. Versammlung jeden dritten Dienstag im Monat bei Sobowaffer. — **Wetzlar** Barel: Versammlung am ersten Donnerstag im Monat bei Weier.